

Lammers, Konrad et al.

Research Report

Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020: Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen

HWWA-Report, No. 262

Provided in Cooperation with:

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

Suggested Citation: Lammers, Konrad et al. (2006) : Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020: Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen, HWWA-Report, No. 262, Hamburg Institute of International Economics (HWWA), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/32894>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



REPORT

Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020 - Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen

**Konrad Lammers, Annekatriin Niebuhr,
Andreas Polkowski, Silvia Stiller**

**Anna Hildebrandt, Marcin Nowicki,
Przemysław Susmarski, Maciej Tarkowski**

HWWA-Report

262

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
Hamburg Institute of International Economics

2006

ISSN 0179-2253

The HWWA is a member of:

- Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)
- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE)
- Association d'Instituts Européens de Conjoncture Economique (AIECE)

Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020 - Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen

**Konrad Lammers, Annekatriin Niebuhr,
Andreas Polkowski, Silvia Stiller**

**Anna Hildebrandt, Marcin Nowicki,
Przemysław Susmarski, Maciej Tarkowski**

Dieser Report ist im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Wirtschaftsraum Europa“ entstanden.

HWWA REPORT

Editorial Board:

Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Dr. Klaus Kwasniewski

Dr. Konrad Lammers

Dr. Eckhardt Wohlers

Projektgruppe am HWWA

Konrad Lammers

Annekatrien Niebuhr

Andreas Polkowski

Silvia Stiller

Redaktionelle und technische Mitarbeit

Sabina Ramonat

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

Hamburg Institute of International Economic

Öffentlichkeitsarbeit

Neuer Jungfernstieg 21 • 20347 Hamburg

Telefon: 040 / 428 34 355

Telefax: 040 / 428 34 451

E-Mail: polkowski@hwwa.de

Internet: <http://www.hwwa.de>

Projektgruppe am IBnGR

Anna Hildebrandt

Marcin Nowicki

Przemysław Susmarski

Maciej Tarkowski

Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową w Gdańsku (IBnGR)

The Gdańsk Institute for Market Economics

ul. Do Studzienki 63 • 80-227 Gdańsk

Telefon: +48 58 524 49 26

Telefax: +48 58 524 49 08

E-Mail: marcin.nowicki@ibngr.edu.pl

Internet: www.ibngr.edu.pl

VORWORT

Im Mai 2003 erteilte das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) den Forschungsauftrag „Räumliche Entwicklungsperspektiven des erweiterten deutsch-polnischen Grenzraums bis 2020 im Zuge des EU-Beitritts Polens“. Das Projekt sollte der Einschätzung der räumlichen Auswirkungen des EU-Beitritts auf den erweiterten deutsch-polnischen Grenzraum sowie der Entwicklungspotenziale dieses Raums im Zuge des weiteren europäischen Integrationsprozesses dienen. Diese Einschätzungen sollten Grundlage für Vorschläge gemeinsamer Projekte der deutsch-polnischen Raumordnungskommissionen sein. Insbesondere sollte durch diese Vorschläge der große grenzüberschreitende Funktionsraum des Städtefünfecks Berlin, Dresden, Poznań, Szczecin und Wrocław gestärkt werden. Der Endbericht zu diesem Forschungsprojekt wurde dem Auftraggeber im Oktober 2005 vorgelegt. Mit diesem Report sowie einer weiteren Veröffentlichung („Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum“, HWWA-Report Nr. 263) macht das HWWA die Projektergebnisse, die in Zusammenarbeit mit The Gdańsk Institute for Market Economics (IBnGR) als Unterauftragsnehmer erarbeitet wurden, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

In dem vorliegenden HWWA-Report „Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020 - Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen“ werden zunächst die Rahmenbedingungen beschrieben, unter denen sich der Grenzraum in den letzten Jahren entwickelt hat und sich in Zukunft entwickeln wird. Dann wird ein wünschenswertes und realisierbares Szenario der Entwicklung des Grenzraums mit dem Zeithorizont 2020 skizziert. Schließlich werden Maßnahmen benannt, die notwendig sind, um dieses Szenario zu realisieren. Die demographischen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklungstrends, die dem skizzierten Szenario zugrunde liegen, sind im Report Nr. 263 „Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum“ dokumentiert.

Zwischenergebnisse zu diesem Projekt wurden auf vier Workshops in Szczecin (Februar 2004), Frankfurt/Oder (April 2004), Wrocław (Juni 2004) und Poznań (November 2004) mit politischen und administrativen Vertretern des deutsch-polnischen Grenzraums sowie externen Experten diskutiert. Dort haben die Autoren wertvolle Informationen über den Grenzraum sowie viele Hinweise für erfolgreiche grenzüberschreitende Projekte erhalten. Hierfür bedanken wir uns. Wir danken zudem Prof. Dr. Dutkowski (Universität Szczecin), Dr. Pancer-Cybulska (Wirtschaftsuniversität Wrocław), Prof.

Dr. Osękowski (Universität Zielona Góra), Prof. Dr. Ribhegge (Europa-Universität Viadrina), Prof. Dr. Stryjakiewicz (Universität Poznań), Prof. Dr. Winkel (Universität Dresden) und Prof. Dr. Fürst (Universität Hannover) für wertvolle Hinweise und Kommentare. Ferner gilt der Dank der Autoren Sabina Ramonat für ihren engagierten Einsatz bei der organisatorischen Durchführung der Workshops, bei der redaktionellen Durchsicht dieser Studie sowie ihrer technischen Erstellung. Unser Dank gilt auch dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für die kritische Begleitung des Projekts in allen seinen Durchführungsphasen sowie für die Freigabe des Endberichts zur Veröffentlichung.

Hamburg, im April 2006

Konrad Lammers

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<i>Kurzfassung</i>	11
<i>Veränderte Rahmenbedingungen</i>	11
<i>Szenario für den deutsch-polnischen Grenzraum im Jahre 2020</i>	11
<i>Handlungsempfehlungen</i>	12
1 Der deutsch-polnische Grenzraum zwischen Entwicklungszielen und externen Rahmenbedingungen	15
1.1 Vorbemerkungen	15
1.2 EU-Erweiterung	16
1.3 Interregionaler Standortwettbewerb und Strukturwandel	18
1.4 Zielvorstellungen und Leitbilder für den deutsch-polnischen Grenzraum	19
1.5 Möglichkeiten zur Realisierung von Integrationsgewinnen in den Grenzregionen	21
1.5.1 Kooperationen	23
1.5.2 Handel	23
1.5.3 Faktormobilität	24
2 Entwicklungsszenario für den Oderraum 2020	26
2.1 Vorbemerkungen	26
2.2 Ausgangslage und Entwicklungstrends – eine kurze Zusammenfassung	26
2.2.1 Bevölkerung und Siedlungsstruktur	26
2.2.2 Arbeitsmarkt	31
2.2.3 Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel	33
2.2.4 Entwicklungsstand und Pro-Kopf-Einkommen	34
2.2.5 Grenzüberschreitende Verflechtungen	35

	Seite
2.3 Der Oderraum im Jahr 2020 – eine wünschenswerte und mögliche Entwicklung	37
2.3.1 Räumlich konzentriertes Wachstum bei schrumpfender Bevölkerung	38
2.3.2 Verkehr	41
2.3.3 Forschung und Hochschulausbildung	43
2.3.4 Tourismus und naturräumliche Nutzung	45
3 Handlungsempfehlungen	49
3.1 Vorbemerkungen	49
3.2 Verbesserte Rahmenbedingungen	50
3.2.1 Den Binnenmarkt schnell in vollem Umfang entfalten	50
3.2.2 Lokale Kompetenzen stärken	52
3.3 Wirtschafts- und Siedlungsstruktur: Wachstumsfreundliche Raumstrukturen fördern	53
3.4 Schlüsselbereiche	56
3.4.1 Verkehrsinfrastruktur ausbauen und sie wirtschaftlich nutzen	56
3.4.2 Bildung und Forschung grenzübergreifend entwickeln	60
3.4.3 Kultur- und Naturvielfalt erlebbar machen	63
3.5 Abschließende Bemerkungen	65
Literaturverzeichnis	66
Anhang	75

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

	Seite	
Abbildung 1	Der erweiterte deutsch-polnische Grenzraum im Herzen Europas	16
Abbildung 2	Der erweiterte deutsch-polnische Grenzraum	27
Abbildung 3	Bevölkerungsdichte, 2003	28
Abbildung 4	Bevölkerungsentwicklung, 2003-2020	29
Abbildung 5	Bevölkerungsdichte und –entwicklung, 2003-2020	31
Abbildung 6	Arbeitslosenquoten, Mai 2005	32
Abbildung 7	Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland und Polen, 2002	35
Abbildung 8	Migration zwischen Polen und den deutschen Bundesländern im Grenzraum, 1999-2003	36
Abbildung 9	Siedlungsstruktur im Jahre 2020	40
Abbildung 10	Hauptverkehrsströme im Jahre 2020	42
Abbildung 11	Forschungs- und Hochschulstandorte im Jahre 2020	44
Abbildung 12	Tourismus und naturräumliche Nutzung im Jahre 2020	47
Abbildung A.1	Der erweiterte deutsch-polnische Grenzraum	77
Abbildung A.2	Deutscher Teil des Untersuchungsraumes, Kreise und kreisfreie Städte	78
Abbildung A.3	Polnischer Teil des Untersuchungsraumes, Powiaty und die den Powiaty gleichgestellten Städte	79

KURZFASSUNG

Veränderte Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im deutsch-polnischen Grenzraum hängt im hohen Maße von der fortschreitenden europäischen Integration, dem an Schärfe gewinnenden internationalen Standortwettbewerb und dem Strukturwandel zur Wissensgesellschaft ab. Wesentliche externe Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung des Grenzraums stellen zudem die nationalen Entwicklungen Polens und Deutschlands dar.

Durch die EU-Erweiterung hat sich die Lagegunst der deutsch-polnischen Grenzregion im europäischen Wirtschaftsraum stark verbessert. In den nächsten Jahren wird die Integration zwischen Deutschland und Polen durch den Abbau noch bestehender Integrationshemmnisse für die Arbeits- und Dienstleistungsmärkte sowie durch den Beitritt Polens zur Eurozone voranschreiten. Im Zuge dieser Entwicklungen werden grenzüberschreitende ökonomische Aktivitäten weiter zunehmen. Dies wird Veränderungen der räumlichen Strukturen im Grenzraum zur Folge haben. Dem deutsch-polnischen Grenzraum stehen umfangreiche Mittel aus den Förderfonds der EU zur Verfügung, so dass viele Entwicklungsprojekte in dieser Region mit substantieller finanzieller Hilfe durchgeführt werden können.

Szenario für den deutsch-polnischen Grenzraum im Jahre 2020

Das Szenario skizziert einen ausgeprägten räumlichen Konzentrationsprozess. Die Städte Berlin, Dresden, Poznań, Szczecin und Wrocław attrahieren Menschen sowie wirtschaftliche Aktivitäten und entwickeln sich zu Metropolregionen. Auch in einigen Städten mittlerer Größe und den deutsch-polnischen Doppelstädten findet eine relativ dynamische Entwicklung statt. Andere Städte und insbesondere weite Teile des ländlichen Raums sind hingegen von Bevölkerungsverlusten betroffen, weil der Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft nicht durch die Entstehung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen kompensiert wird. Die zentrale Lage in der erweiterten EU bedingt eine starke Zunahme der Verkehrsströme durch den deutsch-polnischen Grenzraum. Die vertiefte Arbeitsteilung mit anderen Wirtschaftsräumen sowie innerhalb der Region hat darüber hinaus eine starke Zunahme der Verkehrsströme zwischen den Metropolregionen innerhalb des Grenzraums sowie zwischen diesen und anderen Metropolen außerhalb des Grenzraums zur Folge. In den Metropolregionen des Grenzraums selbst nimmt das Verkehrsaufkommen durch Pendler zu.

Der deutsch-polnische Grenzraum hat sich im Jahre 2020 zu einem wichtigen Standort für Forschung und Ausbildung entwickelt und begünstigt auch Innovationen im privaten Sektor. Zahlreiche Ausbildungs- und Forschungsleistungen werden grenzüberschreitend erbracht. Deutsch-polnische Studiengänge sind ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft. Ein wichtiges Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Tourismus. Die Großstädte Berlin, Dresden, Poznań, Szczecin und Wrocław sind attraktive Ziele des Städtetourismus, und die Ostseeküste sowie die Gebirgsregionen im Süden ziehen

viele Menschen an. Die ausgedehnten Seen- und Waldgebiete im mittleren Teil des Grenzraums haben sich darüber hinaus zu beliebten Urlaubsgebieten für einen „sanften Tourismus“ entwickelt. Dies wurde durch die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete und von Biosphärenreservaten, auch grenzüberschreitend, begünstigt.

Handlungsempfehlungen

Der deutsch-polnische Grenzraum könnte ökonomisch insbesondere von einem schnellen Abbau von administrativen Hemmnissen für grenzüberschreitende Transaktionen profitieren. Die noch bestehenden Beschränkungen hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland und des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs sowie des Erwerbs von Grund und Boden in Polen sollten deshalb schnell abgebaut werden. Ferner sollten die lokalen Kompetenzen im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt werden. Hilfreich wäre, nach dem Beispiel des Karlsruher Abkommens von 1995, hierfür eine rechtliche Grundlage für deutsche und polnische Gebietskörperschaften zu schaffen.

Damit der deutsch-polnische Grenzraum seine Chancen in der erweiterten EU nutzen kann, muss die Politik dafür sorgen, dass effiziente und wachstumsfreundliche räumliche Strukturen entstehen können. Das Hauptaugenmerk sollte auf die großen Agglomerationen gerichtet und deren Entwicklung hin zu Metropolregionen gefördert werden. Darüber hinaus sollten auch Städten mittlerer Größe Möglichkeiten eröffnet werden, sich zu dynamischen Wirtschaftsstandorten zu entwickeln. Im ländlichen Raum sind Naturschutz- und Fremdenverkehrsfunktionen zu stärken.

Eine wesentliche Rolle für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums spielt die Verkehrsinfrastruktur. Schienen und Straßenverbindungen zwischen den großen Städten sind mit Vorrang auszubauen, ebenso die Verbindungen zwischen diesen Städten und anderen Metropolregionen in Polen, Deutschland und im benachbarten Ausland. Im grenzüberschreitenden Schienenverkehr zwischen Polen und Deutschland sollten darüber hinaus sehr schnell benutzerfreundliche Verkehrsangebote definiert und für private Anbieter ausgeschrieben werden. Im Luftverkehr ist infrastrukturell dafür Sorge zu tragen, dass der entstehende Großflughafen in Berlin mit Interkontinentalverbindungen eine Versorgungsfunktion für den gesamten Grenzraum übernehmen kann und dass Direktverbindungen zwischen den anderen großen Städten des Grenzraums und europäischen Metropolen eingerichtet werden. Wenn sich die großen Städte zu Metropolregionen entwickeln sollen, ist außerdem der Aufbau leistungsfähiger Nahverkehrssysteme, insbesondere auf polnischer Seite, erforderlich.

Eine Schlüsselrolle kommt zudem der Weiterentwicklung der bereits vorhandenen qualitativ und quantitativ bedeutsamen Ausbildungs- und Forschungsinfrastruktur zu. Dabei sollten Spezialisierungen an einzelnen Standorten sowie dort, wo eine notwendige Mindestgröße nicht erreichbar ist, Zusammenlegungen von Studiengängen und Forschungseinrichtungen vorgenommen werden. Eine besondere Entwicklungschance besteht dabei darin, dies grenzüberschreitend zu vollziehen. Gefördert werden sollten in besonderem Maße im Rahmen einer grenzüberschreitend koordinierten Hochschulpolitik auch deutsch-polnische Studiengänge.

Ein Schwerpunkt sollte schließlich die Förderung des Tourismus darstellen. Da der deutsch-polnische Grenzraum sowohl für den Städtetourismus als auch für Urlaube am Meer und im Mittelgebirge sowie für naturnahen „sanften Tourismus“ attraktiv ist, sind auf die jeweiligen Regionstypen abgestimmte Konzepte, auch grenzüberschreitend, erforderlich. Um die Attraktivität der Seen- und Waldgebiete in weiten Teilen des Grenzraums zu erhöhen, sollten von einer gemeinsamen Tourismuskommission weitere Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate ausgewiesen werden.

1 DER DEUTSCH-POLNISCHE GRENZRAUM ZWISCHEN ENTWICKLUNGSZIELEN UND EXTERNEN RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 Vorbemerkungen

Wie in jeder anderen Region, die in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist, hängt im deutsch-polnischen Grenzraum die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im hohen Maße von externen Rahmenbedingungen ab. Für den deutsch-polnischen Grenzraum zählen hierzu insbesondere die Erweiterung und Vertiefung der EU, der an Schärfe gewinnende internationale Standortwettbewerb und der fortschreitende Strukturwandel zur Wissensgesellschaft. Darüber hinaus stellen die nationalen Entwicklungen Polens und Deutschlands wichtige Rahmenbedingungen für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums dar. Über landesspezifische Wirkungszusammenhänge ist die Entwicklung des Grenzraums eng in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft Polens und Deutschlands eingebunden. Regionen und Städte sind über Handel von Gütern und Dienstleistungen, Arbeitskräftemobilität und durch die räumliche Ausbreitung von Wissen und Information wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Diese Beziehungen sind zwischen den Regionen und Städten innerhalb eines Landes viel intensiver ausgeprägt als zwischen Regionen unterschiedlicher Länder, weil Grenzhemmnisse innerhalb der EU nach wie vor grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten einschränken.¹ Deshalb übertragen sich negative und positive wirtschaftliche Impulse über wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Regionen und Städten eines Landes relativ stärker als über Ländergrenzen hinweg. Dementsprechend ist auch die nationale Wirtschaftspolitik in Polen und in Deutschland für die Entwicklung der jeweiligen Regionen des deutsch-polnischen Grenzraums von großer Bedeutung.

In diesem Kapitel werden die internationalen Entwicklungstrends dargestellt, um das ökonomische Umfeld zu charakterisieren, in welche die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums eingebettet ist. Sodann wird auf Zielvorstellungen und Leitbilder für den deutsch-polnischen Grenzraum, die bislang entwickelt worden sind, eingegangen. Schließlich werden die Möglichkeiten zur Realisierung von Gewinnen in der Grenzregion skizziert, die sich durch die EU-Osterweiterung und weitere Integrationsprozesse ergeben.

1 Einen Überblick über Grenzhemmnisse in der EU geben *Niebuhr/Stiller* (2004).

1.2 EU-Erweiterung

Die deutsch-polnische Grenzregion ist durch die EU-Erweiterung in eine zentrale Lage im europäischen Wirtschaftsraum gerückt. Der Standortnachteil der ehemals peripheren Lage an einer Außengrenze der EU hat sich zu einem Standortvorteil verändert (siehe Abbildung 1). In dem sich wandelnden europäischen Standortgefüge kann sich der deutsch-polnische Grenzraum neu positionieren.

Abbildung 1: Der erweiterte deutsch-polnische Grenzraum im Herzen Europas



Quelle: Eigene Darstellung.

Polen ist am 1. Mai 2004 der EU beigetreten. Dieser Schritt hatte zweifellos eine große symbolische Bedeutung. Aber auch schon in den Jahren zuvor hat eine sehr dynamische wirtschaftliche Integration zwischen Deutschland und Polen sowie den anderen EU-Ländern stattgefunden. Mit dem Beitritt ist die Integration Polens in die EU nicht abgeschlossen. Auch nach dem Beitritt Polens bestehen zwischen Polen und den meisten EU-Ländern noch Übergangsregelungen, die z.B. eine Integration der Arbeitsmärkte behindern.² Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung im Baugewerbe einschließlich verwandter Wirtschaftszweige sowie Teilbereiche des Handwerks (Innendekoration, Reinigung von Gebäuden u.a.) wurden von deutscher Seite gemäß dem Beitrittsvertrag (entsprechend der Formel 2+3+2) zunächst ab 1. Mai 2004 für zwei Jahre ausgesetzt. Diese Frist kann bis auf maximal 7 Jahre verlängert werden. Personenkontrollen entfallen an der deutsch-polnischen Grenze mit dem Beitritt Polens zum Schengen-Abkommen frühestens ab 2007. Dies ist von besonderer Bedeutung für die grenznahen Gebiete, weil dann die Möglichkeiten grenzüberschreitender regionaler und lokaler Dienstleistungs-, Wohnungs- und Arbeitsmärkte wesentlich leichter genutzt werden können.

Ein weiterer Integrationsschritt ist der bevorstehende Beitritt Polens zur Eurozone. Wenn sich der Złoty gegenüber dem Euro im Zeitraum von 2006 bis 2007 stabilisiert, Polen die nominalen Konvergenzkriterien erfüllt und Fortschritte bei der strukturellen und realen Konvergenz macht, könnte die polnische Währung im Jahr 2007 in den Wechselkursmechanismus II eingebunden werden. Nach einer mindestens zweijährigen spannungsfreien Teilnahme hieran, könnte Polen 2009 der Eurozone beitreten. Eine frühere Euroeinführung aufgrund zuvor noch durchzuführender Fiskalkonsolidierung erscheint nicht möglich zu sein. Mit Polens Beitritt zur Währungsunion werden sich die Transaktionskosten zwischen Deutschland und Polen weiter reduzieren, wodurch sich die Bedingungen für eine Vertiefung der Integration der Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte noch einmal verbessern.

Für die zukünftige Entwicklung des Grenzraums sind zudem die Möglichkeiten zur Finanzierung von Projekten in der Grenzregion durch EU-Fördermittel relevant. Die Regionen im deutsch-polnischen Grenzraum, die allesamt zu den Ziel-1-Gebieten (mit Ausnahme Berlins: Ostteil als Ziel-1-Gebiet mit Übergangsunterstützung und Westteil als Ziel-2-Gebiet) gehören, haben Zugang zu umfangreichen Fördermaßnahmen im Rahmen der Strukturfonds und spezieller Gemeinschaftsinitiativen wie INTERREG III

2 Vgl. Europäische Kommission (2003).

(Aufbau grenzüberschreitender Partnerschaften), LEADER+ (Innovative Strategien für eine dauerhafte Entwicklung) und URBAN II (Erneuerung der Städte und Krisenviertel). Von besonderer Bedeutung für den deutsch-polnischen Grenzraum sind die INTERREG-III-A-Programme Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Woiwodschaft Zachodniopomorskie, Brandenburg/Woiwodschaft Lubuskie und Freistaat Sachsen/Woiwodschaft Dolnośląskie, die bereits seit 2000 durchgeführt werden und die Förderung einer integrierten Regionalentwicklung in benachbarten Grenzgebieten zum Ziel haben. Auch für die neue Förderperiode, die von 2007 bis 2013 laufen wird, ist damit zu rechnen, dass dem deutsch-polnischen Grenzraum umfangreiche Mittel aus den Strukturfonds zur Verfügung stehen werden. Dem polnischen Teil stehen darüber hinaus aller Voraussicht nach Mittel aus dem Kohäsionsfonds offen.

1.3 Interregionaler Standortwettbewerb und Strukturwandel

Die Globalisierung und nicht zuletzt die europäischen Integrationsprozesse verschärfen den interregionalen Wettbewerb um mobile Arbeitskräfte und Kapital. Diese Prozesse haben Einfluss auf die internationale Arbeitsteilung. Die Veränderungen der Warenströme und der räumlichen Verteilung von Produktionsfaktoren beeinflussen die räumlichen Strukturen. Gleichzeitig hat der fortschreitende Strukturwandel Rückwirkungen auf die Raumstruktur. Im Zuge des fortschreitenden Strukturwandels hin zur Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung für den wirtschaftlichen Erfolg von Regionen zu. Neue Technologien, qualifizierte Arbeitskräfte und eine ausgeprägte Innovationsfähigkeit stellen die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit aufstrebender Regionen dar und werden auch für den deutsch-polnischen Grenzraum an Bedeutung gewinnen. Die Ausstattung mit Forschungsrichtungen stellt eine wichtige Grundlage für die technologische Leistungsfähigkeit dar. Hochschulen leisten mit der Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte, den Kooperationen mit Unternehmen und Spin Offs wichtige Beiträge zum Technologietransfer in die Wirtschaft.

In einer Wissensgesellschaft ist die Entwicklung von Regionen im Wesentlichen von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte abhängig. Solche Arbeitskräfte bevorzugen Regionen, in denen die „weichen Standortfaktoren“ - wie etwa das kulturelle Angebot und das wissenschaftliche Umfeld - von hoher Qualität sind. Städtische Regionen, die attraktive Lebensbedingungen bieten, haben einen Vorteil bei der Attrahierung von

hochqualifizierten Arbeitskräften. Neue Technologien könnten die großräumige Konzentration ökonomischer Aktivitäten in Agglomerationen fördern.

Strukturelle Anpassungserfordernisse resultieren auch aus dem demographischen Wandel in Deutschland und Polen. Die Geburtenziffern in Deutschland und Polen befinden sich auf einem relativ niedrigen Niveau, während die Lebenserwartung permanent steigt. Die Bevölkerungsgröße wird in diesen Ländern im Laufe der Zeit zurückgehen. Im Zuge dieser Entwicklung wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen erheblich verschieben. Die Umwälzung der Altersstruktur wird in Deutschland und Polen im Zeitablauf an Tempo gewinnen, weil immer stärker besetzte Geburtsjahrgänge in die höheren Altersklassen gelangen. Die bevorstehenden Bevölkerungsveränderungen werden von erheblicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Polens und Deutschlands sowie des deutsch-polnischen Grenzraums sein, weil sie keinen Gesellschaftsbereich unberührt lassen. Sie betreffen u.a. den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Haushalte, den Wohnungsmarkt und die Infrastrukturauslastung. Die ökonomischen Konsequenzen des demographischen Wandels dürften erheblich zwischen den Regionen, insbesondere zwischen den unterschiedlichen siedlungsstrukturellen Typen, im Grenzraum variieren. Wie sich die regionalen Bevölkerungsveränderungen weiter entwickeln, hängt in besonderem Maße davon ab, ob Wanderungen die Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen verstärken oder reduzieren.

1.4 Zielvorstellungen und Leitbilder für den deutsch-polnischen Grenzraum

Zielvorstellungen für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums beinhalten die „Raumordnerische(n) Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze“, die 1995 erstellt und 2002 aktualisiert worden sind. Darüber hinaus entwirft das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK)³ allgemeine Leitbilder für die Entwicklung von EU-Grenzregionen.

Im Jahr 1995 wurden erstmals raumordnerische Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze gemeinsam in einer deutsch-polnischen Raumordnungskommission erarbeitet.⁴ Diese Leitbilder stellen einen bedeutsamen Schritt in Richtung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum dar. Sie

3 Vgl. Europäische Kommission (1999).

4 Vgl. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1995).

sollten bei der Entscheidungsfindung auf der Ebene nationaler Verwaltungsbehörden, regionaler und lokaler Behörden sowie privater Investoren im Bereich der grenznahen Regionalentwicklung als Orientierungshilfe dienen. Die Leitbilder wurden auf drei Bereiche fokussiert:

- Schutz der Naturpotentiale und Sanierung geschädigter Gebiete,
- Entwicklung bzw. Förderung einer dezentralen Siedlungsstruktur und
- Entwicklung der technischen Infrastruktur.

Auf dieser Grundlage sollte eine Verbesserung der Lebensbedingungen im deutsch-polnischen Grenzraum bei gleichzeitiger sukzessiver Reduktion von trennenden Grenzeffekten erreicht werden. Die raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze aus dem Jahr 1995 sind im Jahre 2002⁵ aktualisiert worden. In der aktualisierten Fassung der raumordnerischen Leitbilder fanden integrative Elemente und veränderte Rahmenbedingungen stärkere Berücksichtigung als in der ursprünglichen Version. Zu den veränderten Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Grenzraums zählten u.a. neue gesetzliche Grundlagen im Bereich der Raumordnung in Polen und Deutschland, die Gebiets- und Verwaltungsreform in Polen, die Beitrittsverhandlungen Polens mit der EU sowie Entwicklungskonzepte auf europäischer und regionaler Ebene. Folgende räumliche Prioritäten wurden unter der Berücksichtigung allgemeiner Ziele und Grundsätze der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit formuliert:

- der Schutz und die Entwicklung von Naturräumen und Tourismus,
- die Verbesserung der Siedlungsstruktur, die Stadtentwicklung sowie das Stadt-Umland-Verhältnis,
- die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur,
- der vorbeugende Hochwasserschutz sowie
- die Braunkohlesanierung und räumliche Nachfolgeentwicklung.

Die aktualisierten Leitbilder sollten dem Ziel dienen, langfristig einen Raum partnerschaftlicher Zusammenarbeit beiderseits der Oder zu schaffen und ihn im Europa der Regionen erfolgreich zu positionieren.⁶ Diese Zielvorstellung steht im Einklang mit dem EUREK, in dem u.a. die Bedeutung von grenzübergreifenden Raumentwicklungskonzepten betont wird. Das übergeordnete Leitbild des EUREK – das für alle an der

5 Vgl. *Knippschild et al.* (2002).

6 Vgl. *Selke* (2004).

Raumentwicklung beteiligten Akteure auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene gelten soll - ist die nachhaltige und ausgewogene Entwicklung des europäischen Territoriums. Zu den explizit formulierten Zielen des EUREK, die zur Umsetzung dieses Leitbildes beitragen sollen, zählen:

- die Entwicklung eines polyzentrischen und ausgewogenen Städtesystems,
- die Förderung integrierter Verkehrs- und Kommunikationskonzepte zur Schaffung gleichwertiger Zugangsmöglichkeiten zu Infrastruktur und Wissen im gesamten Territorium der Europäischen Union,
- die Entwicklung und Erhaltung der Natur und des Kulturerbes.

Seit der Neuformulierung der raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze aus dem Jahr 2002 hat es bedeutsame Veränderungen in den Bedingungen für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums gegeben. Hierzu zählten Veränderungen in der Siedlungsstruktur aufgrund massiver Bevölkerungsverluste in Teilregionen des Grenzraums. Zudem ist Polen seit dem 1. Mai 2004 EU-Mitglied, was erheblichen Einfluss auf das Integrationspotential des Raums entlang der deutsch-polnischen Grenze hat. Eine Überarbeitung bzw. Ergänzung der raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze aufgrund der neuen Bedingungen für die zukünftige Entwicklung dieser Region wäre deshalb zu erwägen. Hierzu kann das vorliegende Gutachten beitragen.

1.5 Möglichkeiten zur Realisierung von Integrationsgewinnen in den Grenzregionen⁷

Das Ausmaß der Entwicklungsimpulse im deutsch-polnischen Grenzraum, die vom Integrationsprozess ausgehen, hängt vor allem von der Ausweitung grenzüberschreitender Aktivitäten und dem Anstieg der Standortqualität im Zuge des EU-Beitritts Polens ab. Bedeutsame Faktoren für die unternehmerische Standortwahl sind der Zugang zu den Input- und Outputmärkten, die Verfügbarkeit technischen Wissens, die Ausstattung mit Produktionsfaktoren, Agglomerationseffekte sowie infrastrukturelle Gegebenheiten. Die geographische Nähe zu einer „undurchlässigen“ Grenze kann diese Faktoren und damit die Standortqualität von Regionen negativ beeinflussen. Verlieren Grenzhemmnisse im Zuge eines Integrationsprozesses an Bedeutung, wird der Stellenwert der Grenzlage als Standortnachteil abnehmen. Möglicherweise geraten Grenzregionen sogar in eine zen-

⁷ Vgl. Niebuhr/Stiller (2004).

trale Lage zu wichtigen Märkten. Der Abbau von Grenzhemmnissen verbessert die Zugangsmöglichkeiten von Grenzregionen zu den Absatz- und Beschaffungsmärkten, d.h. ihr Marktpotential wird größer. Dies bewirkt positive Effekte auf ihre Standortqualität. Verbesserte Standortbedingungen verändern die Position einer Region im internationalen Wettbewerb. Steigt die Standortqualität, dann verbessern sich die Chancen, mobile Produktionsfaktoren zu attrahieren bzw. von Abwanderung abzuhalten. Insgesamt könnte also der Abbau von Grenzhemmnissen positive ökonomische Entwicklungsprozesse in den Grenzregionen auslösen. Eine signifikante Verbesserung der Standortbedingungen und die Nutzung der Integrationspotentiale erfordert einen weitgehenden Abbau von Grenzhemmnissen, damit durch grenzüberschreitende Marktintegration ein Wirtschaftsraum, in dem die Regionen diesseits und jenseits der Grenze Zugang zu allen Produkt- und Faktormärkten haben, entstehen kann.

Die treibenden Kräfte von Integrationsprozessen zwischen den Regionen dies- und jenseits einer Grenze sind grenzüberschreitende Kooperationen, der Handel mit Gütern und Dienstleistungen sowie die grenzüberschreitende Faktormobilität. Zusätzlich kann in Grenzregionen das Pendeln zu einer Intensivierung der grenzüberschreitenden Verflechtungsbeziehungen beitragen. Insgesamt dürfte sich der Einfluss der fortschreitenden Integration zwischen Polen und Deutschland in jenen Bereichen vergleichsweise stark auf die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums auswirken, die in ihrer Intensität distanzabhängig sind. In diesen Bereichen bewirkt der Abbau von Grenzhemmnissen einen relativ ausgeprägten Anstieg der grenzüberschreitenden Aktivitäten und der aus ihnen resultierenden ökonomischen Entwicklungsimpulse für den deutsch-polnischen Grenzraum.

Zahlreiche theoretische und empirische Arbeiten zeigen, dass die Entfernung zwischen den Regionen die Handelsintensität zwischen ihnen beeinflusst. Länder und Regionen handeln *ceteris paribus* um so mehr miteinander, je geringer die Entfernung zwischen ihnen ist.⁸ Auch in der Literatur zum Thema Migration wird eine Distanzabhängigkeit von Wanderungsentscheidungen diskutiert. Einige Studien weisen darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit einer Wanderung mit steigender Entfernung zwischen Ziel- und Ursprungsregion abnimmt, weil die direkten Kosten der Wanderung mit zunehmender Distanz steigen und die potentiellen Erträge der Wanderung schwerer abzuschätzen sind.⁹ Insofern könnte in den Grenzregionen ein überdurchschnittliches Potential für grenz-

8 Vgl. *Feenstra et al.* (2001).

9 Vgl. *Tassinopoulos/Werner* (1999) und *Niebuhr* (2003).

überschreitende Migration bestehen. Zudem existiert in den Grenzregionen die Möglichkeit enger grenzüberschreitender Arbeitsmarktverflechtungen aufgrund von distanzabhängigen Pendlerbewegungen. Schließlich können auch Kooperationsbeziehungen durch eine Distanzabhängigkeit gekennzeichnet sein, wenn die Zusammenarbeit mit regelmäßigen persönlichen Kontakten verbunden ist. Dies ist vor allem bei Kooperationen zu erwarten, die ein umfassendes Vertrauensverhältnis erfordern und den Austausch nicht-standardisierten Wissens beinhalten, etwa im Bereich von Forschung und Entwicklung.

1.5.1 Kooperationen

Im weltweiten Standortwettbewerb nimmt die Bedeutung administrativ abgegrenzter Räume ab, während der Stellenwert größerer, funktional abgegrenzter Wirtschaftsräume steigt. Dies führt dazu, dass die Bedeutung interkommunal abgestimmter Entwicklungsstrategien künftig noch größer wird, als sie es bereits heute schon ist.¹⁰ Durch grenzüberschreitende Kooperationen können vor allem Grenzregionen Entwicklungspotentiale im internationalen Standortwettbewerb nutzen, die auf den Disparitäten der Gebiete diesseits und jenseits der Grenze basieren. Wenn Grenzen an Bedeutung verlieren, dann ist die Anpassung der ökonomischen Akteure für eine erfolgreiche regionale Entwicklung entscheidend. Grenzüberschreitende Kooperationsnetzwerke stellen in diesem Zusammenhang eine Strategie dar, um Hemmnisse für die regionale Entwicklung von Grenzregionen zu überwinden.¹¹ Firmen, die sich in grenzüberschreitende Kooperationsnetzwerke einbinden, können - wie auch die betroffenen Regionen insgesamt - vom Abbau institutioneller Grenzhemmnisse profitieren. Auch im öffentlichen Bereich, etwa durch die grenzüberschreitende Planung und Nutzung von Infrastruktur, eröffnet die Integration Potentiale für Effizienzsteigerungen, von denen der Grenzraum insgesamt profitieren kann. Bei der Nutzung öffentlicher Infrastruktur sind in Grenzregionen Integrationseffekte möglich, die anderenorts nicht zu realisieren sind.

1.5.2 Handel

Die regionale Partizipation an der internationalen Arbeitsteilung und ihre Veränderung im Zuge von Integrationsprozessen hat zahlreiche Rückwirkungen auf die regionalöko-

¹⁰ Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2003 a).

¹¹ Vgl. Ratti (1993).

nomische Entwicklung. Die zunehmende Arbeitsteilung führt zu einer effizienten Faktorallokation, die insgesamt im Integrationsraum eine höhere Güterproduktion ermöglicht als vor der Handelsliberalisierung. Die damit einhergehende Zunahme der interregionalen Spezialisierung zieht Anpassungen in den Sektorstrukturen der betroffenen Regionen nach sich. Je nach Ausgangssituation können durch Handelsausweitung und Spezialisierungen räumliche Konzentrations- oder Dispersionskräfte gestärkt werden. Eindeutige Aussagen zu siedlungsstrukturellen Entwicklungstendenzen, die durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen ausgelöst werden, lassen sich auf der Grundlage theoretischer Erklärungsansätze nicht ableiten. Hinsichtlich der Effekte verstärkten Güterhandels ist zwischen Sektoren und Regionen zu differenzieren. Ist eine Region auf die Produktion von Gütern spezialisiert, die nach erfolgter Integration exportiert werden, dann wirkt sich der Abbau von Handelshemmnissen positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region aus. Ein Anpassungsdruck durch die Handelsliberalisierung ergibt sich hingegen in Gebieten, in denen Güter produziert werden, die nach der Marktöffnung importiert werden. Welche ökonomischen Effekte mit der Handelsausweitung in Grenzregionen einhergehen, ist daher auch von ihrer Spezialisierung abhängig, d.h. inwieweit die Produktion auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig ist.

Eine Besonderheit der Grenzregionen im Hinblick auf eine Handelsliberalisierung stellt die Tatsache dar, dass auch Güter und Dienstleistungen, die in der Regel interregional nicht-handelbare Güter sind (lokale Dienstleistungen), in Grenzregionen zu handelbaren Gütern werden können. Somit sind in Grenzregionen bestimmte Bereiche der Wirtschaft einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt bzw. können von der Erreichbarkeit ausländischer Märkte profitieren, die in anderen Regionen nicht durch eine Handelsliberalisierung tangiert werden. Der Beitritt Polens zur EU ist daher im deutsch-polnischen Grenzraum für ein viel breiteres Spektrum von Wirtschaftszweigen von Relevanz als in anderen Regionen Polens und Deutschlands.

1.5.3 Faktormobilität

Im Zuge von Integrationsprozessen werden neben tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen auch Barrieren für grenzüberschreitende Faktorwanderungen abgebaut. Die Möglichkeit internationaler Wanderungen von Arbeitskräften und ausländischen Direktinvestitionen führt ebenso wie die Handelsliberalisierung zu einer effizienten Faktorallokation, d.h. Arbeitskräfte und Kapital können dort eingesetzt werden, wo sie die

höchste Produktivität aufweisen. Bei einer ausgeprägten Distanzabhängigkeit der Faktormobilität könnte die Intensität grenzüberschreitender Faktorbewegungen in Grenzregionen vergleichsweise hoch ausfallen. Eine Besonderheit von Grenzregionen stellt im Bereich der Faktormobilität das Grenzpendeln dar, also die Mobilität von Arbeitskräften ohne einen Wohnortwechsel.

2 ENTWICKLUNGSSZENARIO FÜR DEN ODERRAUM 2020

2.1 Vorbemerkungen

In diesem Kapitel wird ein Entwicklungsszenario für den deutsch-polnischen Grenzraum entwickelt. Ausgangspunkt der Überlegungen sind der Istzustand und die vorherrschenden Entwicklungstrends. Das Entwicklungsszenario orientiert sich an den vorherrschenden Entwicklungstrends sowie an der Nutzung der Potentiale, die sich im Zuge der weiteren europäischen Integration für diesen Raum ergeben. Es skizziert eine wünschenswerte Entwicklung, die für möglich gehalten wird. Damit diese wünschenswerte und für möglich gehaltene Entwicklung eintritt, sind allerdings vielfältige Maßnahmen erforderlich, die in Kapitel 3 (Handlungsempfehlungen) näher beschrieben werden.

2.2 Ausgangslage und Entwicklungstrends – eine kurze Zusammenfassung¹²

2.2.1 Bevölkerung und Siedlungsstruktur

Mit 10% der deutschen und 16% der polnischen Gesamtbevölkerung ist der deutsch-polnische Grenzraum ein wichtiger Wirtschafts- und Lebensraum für rund 15 Millionen Bewohner mit zentraler Lage in Europa (vgl. Abbildung 2).

Die Siedlungsstruktur wird durch Stadtregionen sehr unterschiedlichen Zentralitätsgrades und viele Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte geprägt. Die deutsche Hauptstadt Berlin ist mit 3,8 Mio. Einwohnern die weitaus größte Stadt im deutsch-polnischen Grenzraum. Die Städte Szczecin, Poznań, Wrocław und Dresden mit 400 Tsd. bis 650 Tsd. Einwohnern sind relativ gleichmäßig im Grenzraum verteilt und haben große Bedeutung für die umliegenden Regionen. Eine Besonderheit hinsichtlich der Siedlungsstruktur stellen die Doppelstädte entlang der deutsch-polnischen Grenze an der Oder und Neiße dar (Frankfurt/Oder-Słubice, Guben-Gubin, Görlitz-Zgorzelec). Der Grenzraum ist von ausgeprägten Unterschieden in der Bevölkerungsdichte gekennzeichnet (vgl. Abbildung 3). Rund 43% der Bevölkerung lebt in Kernstädten und 48% in ländlichen Kreisen, der Rest in verdichteten Kreisen. Der Zugang zu Infrastruktur, Wissen und Ausbildung stellt sich für die Bewohner im Grenzraum dementsprechend sehr unterschiedlich dar. Eine Besonderheit ist, dass zahlreiche Gebiete des Grenzraums durch Konversionsflächen geprägt sind.¹³

¹² Vgl. hierzu *Lammers et al. (2006 b)*.

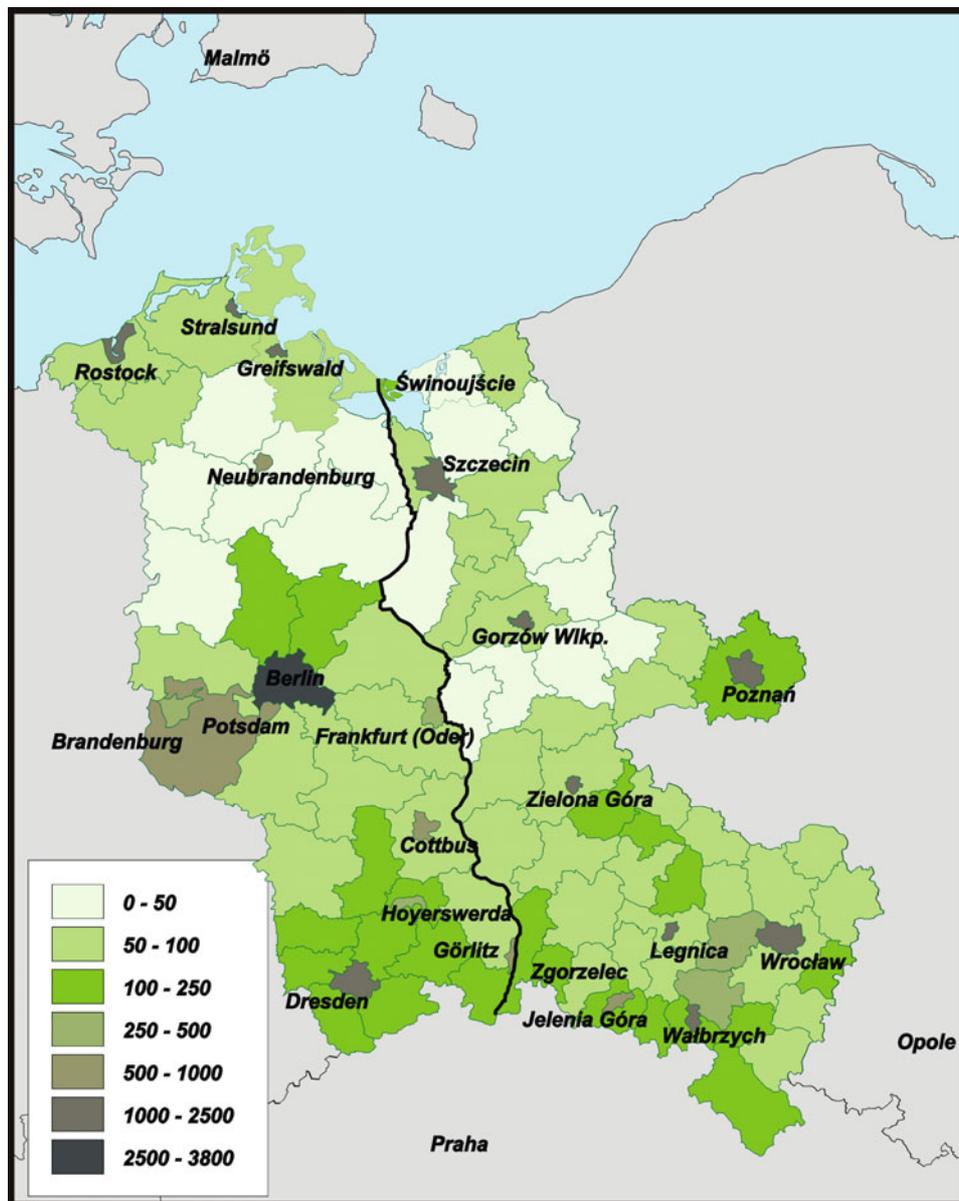
¹³ Vgl. *Knippschild et al. (2002)*.

Abbildung 2: Der erweiterte deutsch-polnische Grenzraum



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 3: Bevölkerungsdichte, 2003, Bewohner pro km²

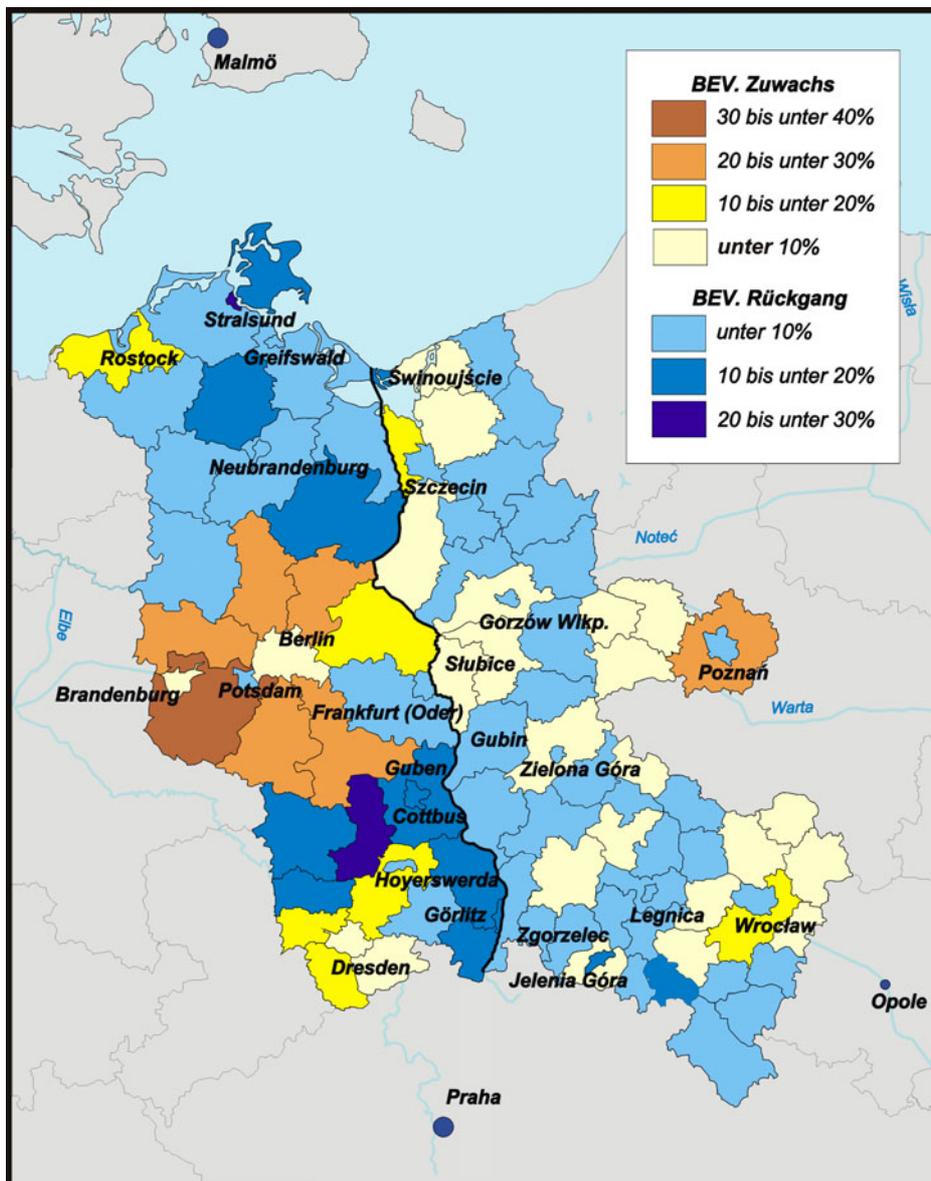


Quelle: Główny Urząd Statystyczny (www.stat.gov.pl); Statistisches Bundesamt (www.regionalstatistik.de); eigene Darstellung.

Die Bevölkerung im Grenzraum wird sich bis 2020 sehr unterschiedlich entwickeln (vgl. Abbildung 4).¹⁴ Dies hat entsprechende Konsequenzen für die Siedlungsstruktur.

¹⁴ Es gibt zwar bereits aktuellere Bevölkerungsprognosen für die einzelnen Bundesländer, z.B. 3. Landesprognose 2001 sowie Prognose Landkreise und kreisfreie Städte 2002 für Mecklenburg-Vorpommern. Aus Gründen der Vergleichbarkeit haben wir uns jedoch entschlossen, die regionalisierte Bevölkerungsprognose des BBR für Deutschland und die Prognose des polnischen Statistischen Hauptamtes für Polen zu verwenden.

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung, 2003-2020



Quelle: Główny Urząd Statystyczny (www.stat.gov.pl/dane-spol-gosp/ludnosc/prognoza-ludnosci/index.htm); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2003 b); eigene Berechnungen und eigene Darstellung.

Im deutschen Teil des erweiterten Grenzraums wird mit einem Bevölkerungszuwachs von 2,7% gerechnet, entgegen dem Trend eines Rückgangs der Bevölkerung in Ostdeutschland insgesamt. Dies ist fast ausschließlich auf Bevölkerungsgewinne im Verdichtungsraum Berlin, vor allem im Umland Berlins, zurückzuführen. Zahlreiche andere Regionen werden bis 2020 hingegen mit erheblichen Bevölkerungsverlusten konfrontiert. Dies gilt nahezu flächendeckend für den nördlichen Teil auf der deutschen Seite

des Grenzraums und den Großteil der Kreise, die direkt an der polnischen Grenze liegen.

Der polnische Teil des Grenzraums wird insgesamt von einer Bevölkerungsabnahme betroffen sein. Die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung zwischen den polnischen Regionen fallen allerdings geringer aus als auf deutscher Seite. Räumliche Konzentrationen der Bevölkerungsabnahme finden sich im südlichen und mittleren Teil des polnischen Teils des Grenzraums.

Im Grenzraum werden die stärksten Bevölkerungszuwächse für das Umland von Berlin, Rostock, Dresden und Poznań erwartet. Für diese Regionen wird eine Zunahme der Bevölkerung aufgrund von Wanderungsgewinnen bis zu einer Höhe von 30% prognostiziert.

Die Bevölkerung im deutsch-polnischen Grenzraum wird altern. Der Anteil der Personen, die älter als 60 Jahre sind, wird von 2003 bis 2020 in allen Untersuchungsregionen zunehmen, besonders in den ländlichen Regionen aufgrund starker Abwanderungen junger Menschen.

Die demographischen Veränderungen haben Rückwirkungen auf die Siedlungsstruktur. Diese treten im ganz erheblichen Maße im Norden und Süden der deutschen Grenzregion auf, wo der Bevölkerungsrückgang besonders ausgeprägt sein wird (vgl. Abbildung 5). Im Norden wird die bereits jetzt schon geringe Bevölkerungsdichte weiter abnehmen. Regionale Probleme, die im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsrückgang zu erwarten sind, werden hier deshalb möglicherweise ganz massiv auftreten. Auf polnischer Seite wird eine solche Konstellation den Entwicklungstrends zufolge in dieser Schärfe nicht eintreten.

Abbildung 5: Bevölkerungsdichte und –entwicklung, 2003-2020



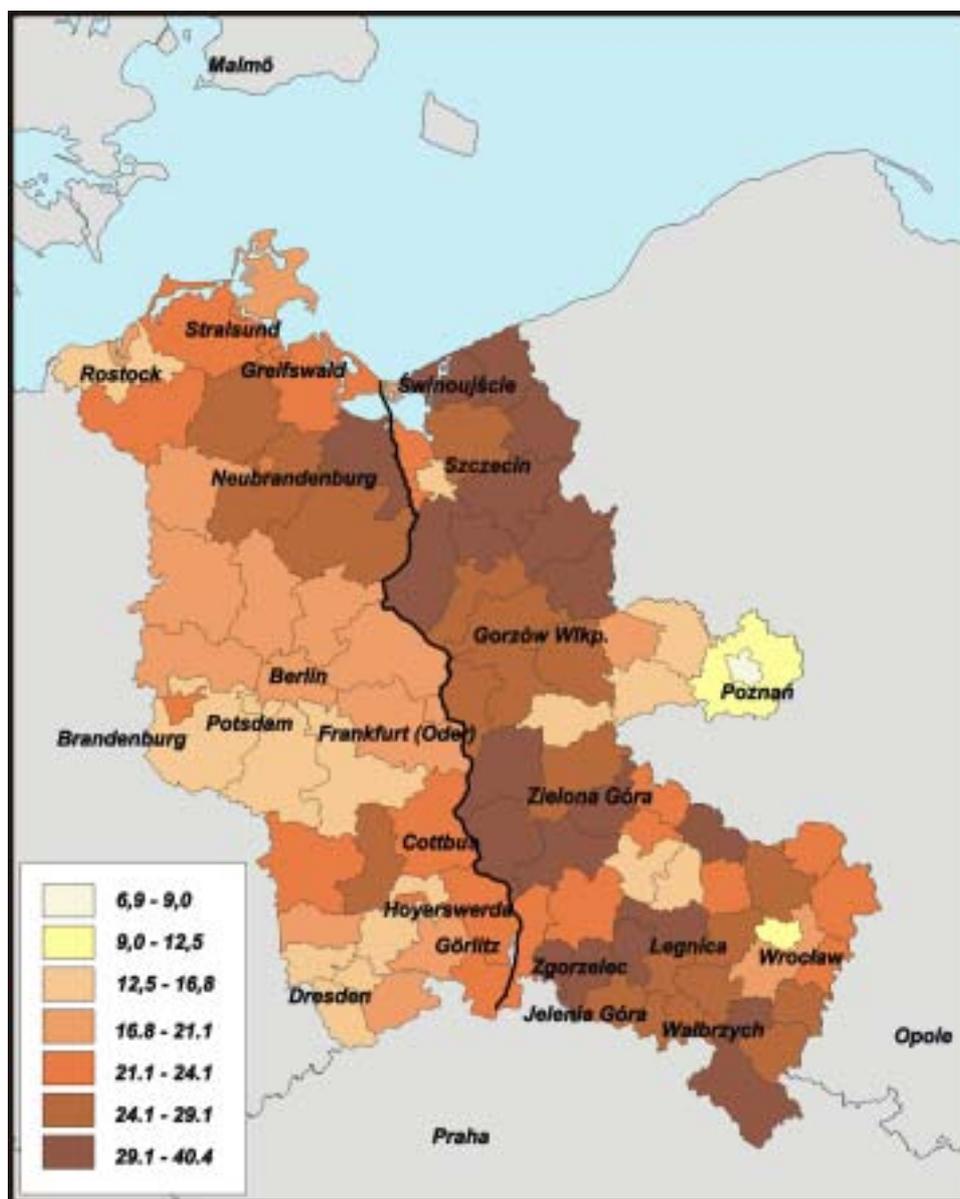
Quelle: Główny Urząd Statystyczny (www.stat.gov.pl); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2003 b); eigene Darstellung.

2.2.2 Arbeitsmarkt

Der deutsch-polnische Grenzraum ist mit schwerwiegenden Arbeitsmarktproblemen konfrontiert. Die Arbeitslosigkeit liegt auf beiden Seiten der Grenze über den jeweiligen nationalen Durchschnitt. Noch höher als auf der deutschen Seite ist die Arbeitslosigkeit im polnischen Grenzraum, wobei die regionalen Unterschiede der Arbeitslosigkeit zudem größer sind (vgl. Abbildung 6). Wenig verdichtete Gebiete haben der Tendenz

nach eine höhere Arbeitslosigkeit als Räume mit größerer Bevölkerungsdichte. Im südlichen Teil des polnischen Grenzraums konzentriert sich die Arbeitslosigkeit allerdings auch in stärker verdichteten Gebieten.

Abbildung 6: Arbeitslosenquoten, Mai 2005 ^{a)}



a) Die absoluten Werte der Arbeitslosenquoten in den deutschen und polnischen Regionen sind nur bedingt miteinander vergleichbar, weil sie aus den jeweiligen nationalen Statistiken stammen und nicht harmonisiert wurden. Ein Vergleich mit harmonisierten Quoten von EUROSTAT zeigt aber, dass die in den nationalen Daten erkennbaren grundsätzlichen regionalen Strukturen durch die Nicht-Harmonisierung nicht verändert werden.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (www.stat.gov.pl); Statistisches Bundesamt (www.regionalstatistik.de); eigene Darstellung.

Auf der Grundlage vorherrschender Entwicklungstrends ist für den deutschen Teil der Grenzregion mit einer grundlegenden Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Das Arbeitsangebot geht zwar bedingt durch die demographische Entwicklung zurück. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere in den grenznahen Gebieten, entwickelt sich allerdings auch äußerst schwach. Für Polen ist die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung günstiger einzuschätzen. Dort wird mit einem Beschäftigungszuwachs und einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit gerechnet. Allerdings ist im Zuge des sektoralen Strukturwandels, der dort noch zu bewältigen ist, mit einer erheblichen Umschichtung von Arbeitsplätzen zwischen Wirtschaftsbereichen zu rechnen.

2.2.3 Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel

Mit einem hohen Beschäftigungsanteil des öffentlichen Sektors an der Gesamtbeschäftigung, einer schwachen industriellen Basis und einer relativ geringen Exportorientierung der Unternehmen weisen weite Teile des Grenzraums eine wenig zukunftssträchtige Wirtschaftsstruktur auf. In den polnischen Regionen ist der Agrarsektor, gemessen an den EU-Durchschnittswerten, überdimensioniert. Forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen sind weit unterrepräsentiert. Gegenwärtig stellen die Schattenwirtschaft und der grenznahe Basarhandel im polnischen Teil der Grenzregion noch bedeutsame Möglichkeiten zum Einkommenserwerb dar.¹⁵

Innerhalb des Grenzraums gibt es ausgeprägte Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur. Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern sind, abgesehen von den Städten Rostock, Stralsund, Saßnitz und Greifswald sowie Szczecin und Świnoujście, in weiten Teilen durch die Landwirtschaft und rohstoffverarbeitende Industrien geprägt. Im mittleren Teil des Grenzraums zeichnet sich Brandenburg durch eine relativ hohe Konzentration von Wissenschaft und Forschung sowie Dienstleistungen aus, was auf die Metropole Berlin zurückzuführen ist. Die Woiwodschaft Lubuskie ist auf Holzwirtschaft spezialisiert. Sie profitiert auch vom Grenzhandel und den damit verbundenen Dienstleistungen. Im mittleren Teil des erweiterten Grenzraums zeichnen sich einige Kreise von Woiwodschaft Wielkopolskie und die Stadt Poznań durch eine differenzierte Wirtschaftsstruktur aus. Die geringsten Entwicklungsunterschiede zwischen dem deutschen

¹⁵ Vgl. *Guz-Vetter* (2002).

und dem polnischen Teil sind im Süden der Grenzregion zu finden. Vor allem dort ist die industrielle Basis gut entwickelt.¹⁶

Der zukünftige Strukturwandel wird insbesondere in Polen erhebliche Anpassungserfordernisse erzeugen und dort vor allem in Regionen mit einem überdurchschnittlich noch hohem Agraranteil. Der Anteil der Dienstleistungen auf der polnischen Seite wird noch weiter steigen, wenngleich er in einigen verdichteten Gebieten seit Beginn der 1990er Jahre bereits deutlich zugenommen hat. Insgesamt werden sich die Wirtschaftsstrukturen - gemessen an den Anteilen von Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen - zwischen dem polnischen und deutschen Teil der Grenzregion stark annähern.

2.2.4 Entwicklungsstand und Pro-Kopf-Einkommen

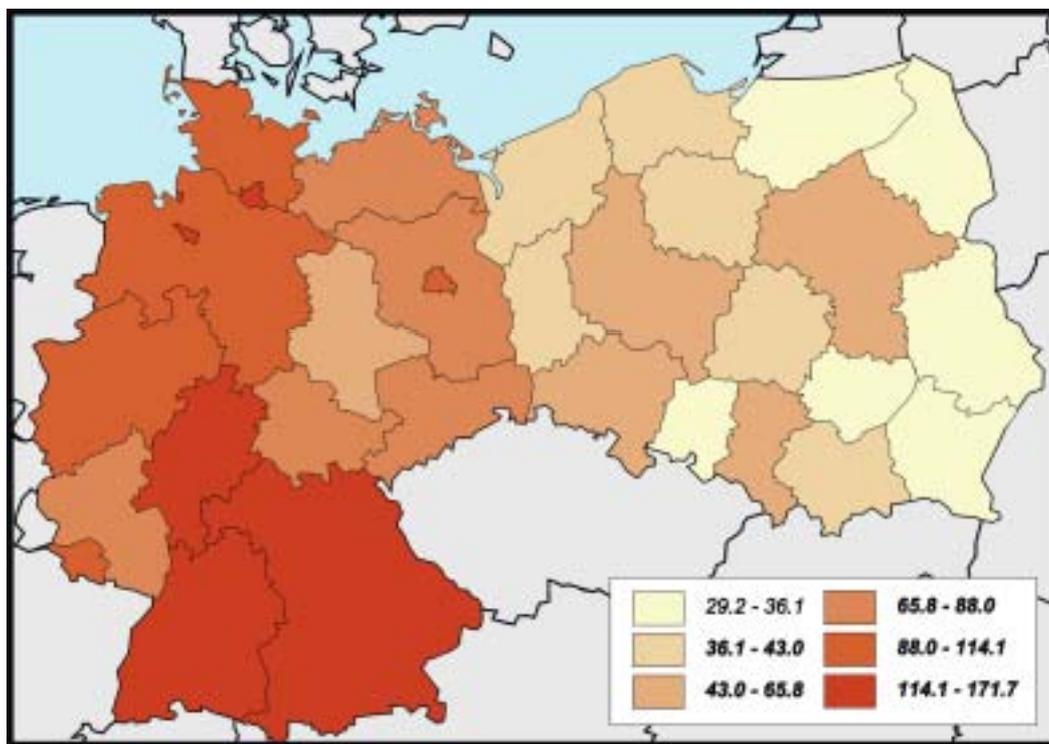
Hinsichtlich des Entwicklungsstandes und der Lebensstandards bestehen gegenwärtig noch erhebliche Disparitäten zwischen dem deutschen und polnischen Teil der Grenzregion (vgl. Abbildung 7). In Kaufkraftstandards gemessen erreicht das Pro-Kopf-Einkommen (BIP je Einwohner) auf der polnischen Seite im Durchschnitt nur die Hälfte desjenigen auf der deutschen Seite. Es bestehen allerdings beiderseits der Grenze auch ganz erhebliche Unterschiede zwischen größeren Verdichtungszentren und weniger verdichteten Regionen. Das Pro-Kopf-Einkommen einiger städtisch geprägten Regionen in Polen (z.B. Wrocław, Poznań) liegt bereits über denjenigen in einigen ländlich, wenig verdichteten Regionen auf deutscher Seite, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern.

Weil seit 1995 die Wachstumsraten des BIP auf der polnischen Seite deutlich über denen auf deutscher Seite lagen, haben sich die Einkommensdisparitäten zwischen dem deutschen und polnischen Teil der Grenzregion seither deutlich verringert. Auch wenn der Aufholprozess auf der polnischen Seite in einigen Jahren etwas an Dynamik verlieren sollte, werden bis zum Jahr 2020 die Disparitäten zwischen dem deutschen und polnischen Teil deutlich reduziert werden. Beiderseits der Grenze werden sich im Verlauf dieser Entwicklung allerdings die Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen zwischen den siedlungsstrukturellen Gebietstypen vergrößern. Weil der Aufholprozess Polens in erster Linie durch die dynamische Entwicklung der Agglomerationsräume getragen werden dürfte, ist zu erwarten, dass sich die Disparitäten zwischen den ländlich peripheren

¹⁶ Vgl. *Kaminski* (2004).

Regionen und den Agglomerationsräumen, vor allem auf polnischer Seite, weiter vertiefen werden.

Abbildung 7: Pro-Kopf-Einkommen (KKP) in Deutschland und Polen, 2002, EU15=100



Quelle: EUROSTAT Regio-Datenbank.

2.2.5 Grenzüberschreitende Verflechtungen

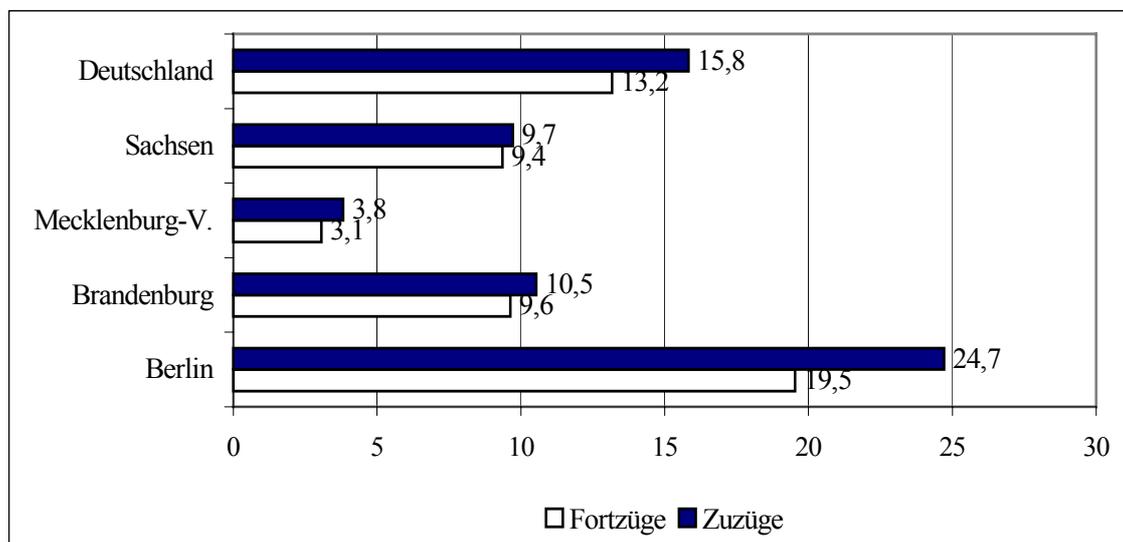
Der Handel zwischen Deutschland und Polen hat sich seit der Öffnung Polens in beiden Richtungen sehr expansiv entwickelt. Auch der deutsch-polnische Grenzraum ist in diese Entwicklung eingebunden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Handel weiter expandieren wird, wobei sich zunehmend eine intraindustrielle Arbeitsteilung herausbilden wird. Bei den Exporten aus Polen nach Deutschland wird der Anteil technologisch anspruchsvollerer Güter größer werden.

Hinsichtlich der Direktinvestitionen und Unternehmenskooperationen ist die Verflechtung bislang sehr einseitig. Es gibt viele Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Polen, aber nur eine geringe Zahl polnischer Direktinvestitionen in Deutschland. Zu den Zielregionen deutscher Unternehmen in Polen gehören insbesondere große Städte, wie

im erweiterten Grenzraum Poznań. Sofern deutsche Unternehmen mit Sitz im Grenzraum in Polen investieren, stammen sie fast ausschließlich aus Berlin.

Zwischen Deutschland und Polen gibt es seit 1990 bedeutende Wanderungsströme in beide Richtungen, wobei die Zuwanderungen aus Polen nach Deutschland überwiegen. Insgesamt ist festzustellen, dass weite Teile des Grenzraums nur unterdurchschnittlich von grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen betroffen sind. Die zentralen Ziel- und Ursprungsregionen der Wanderungsströme liegen – abgesehen vom Verdichtungsraum Berlin – außerhalb des deutsch-polnischen Grenzraums (vgl. Abbildung 8). Auch für die Zukunft wird mit einer Nettozuwanderung von Polen nach Deutschland gerechnet, allerdings auf relativ niedrigem Niveau. Die Zuwanderung innerhalb des Grenzraums konzentriert sich auf Berlin, während die anderen Bundesländer im Grenzraum kaum Ziel von Zuwanderern aus Polen sein werden. Das Potential für Abwanderungen konzentriert sich auf polnischer Seite vor allem auf die ländlichen, wenig verdichteten Gebiete.

Abbildung 8: Migration zwischen Polen und den deutschen Bundesländern im Grenzraum, 1999-2003, Personen pro 1000 Einwohner



Quelle: Statistisches Bundesamt (www.regionalstatistik.de); eigene Berechnungen.

Grenzüberschreitendes Pendeln ist bislang in der deutsch-polnischen Grenzregion von geringer Bedeutung. Soweit gependelt wird, findet dies fast ausschließlich von Polen nach Deutschland statt. Die geringe Zahl der Pendler ist unter anderem damit zu erklären, dass abgesehen von Szczecin und den Doppelstädten an der Oder und Neiße kaum verdichtete Gebiete oder Städte in der Grenznähe liegen. Auch in Relation zur Bevölke-

zung in den Einpendlerregionen ist die Zahl der Pendler gegenwärtig noch als gering einzuschätzen. Die Pendlerbewegungen im deutsch-polnischen Grenzraum dürften im Zuge des weiteren Abbaus von Grenzhemmnissen an Stärke zunehmen.

Im deutsch-polnischen Grenzraum gibt es bereits zahlreiche grenzüberschreitende Kooperationen zwischen öffentlichen Einrichtungen und Gebietskörperschaften. Neben zahlreichen INTERREG-Projekten existieren Städte- und Gemeindepartnerschaften, und es sind vier Euroregionen (Spree-Neiße-Bober, Pro Europa Viadrina, Pomerania und Euroregion Neiße) gegründet worden. Es gibt zahlreiche Initiativen, die die Ansiedlung und Kooperation von Unternehmen im Grenzraum unterstützen wie die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Gorzów Wielkopolski sowie alle Industrie- und Handelskammern im Grenzraum. Auch die Bildungs- und Forschungslandschaft ist grenzüberschreitend durch bilaterale Abkommen bereits hoch vernetzt. Ein herausragendes Beispiel für die deutsch-polnische Kooperation sind die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und das Collegium Polonicum in Słubice mit einem grenzüberschreitenden Campus.

2.3 Der Oderraum im Jahr 2020 – eine wünschenswerte und mögliche Entwicklung

Unter Berücksichtigung der Ausgangslage sowie der vorherrschenden Entwicklungstrends, die im Abschnitt zuvor zusammengefasst worden sind¹⁷, wird im Folgenden ein Szenario für den Oderraum im Jahr 2020 entwickelt. Dieses Szenario beschreibt eine wünschenswerte und zugleich für möglich gehaltene Entwicklung. Realisierbar ist diese Entwicklung allerdings nur, wenn die Politik auf vielen Ebenen entsprechende Weichenstellungen vornimmt und Maßnahmen ergreift. Die erforderlichen Weichenstellungen und Maßnahmen werden in Kapitel 3 näher beschrieben.

Generell ist die zukünftige Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums im starken Maße davon abhängig, wie die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Polen insgesamt verläuft, weil der deutsche und polnische Teil der Grenzregion eng in die jeweiligen nationalen Ökonomien eingebunden sind. Je stärker das wirtschaftliche Wachstum in diesen beiden Ländern ausfällt und je erfolgreicher die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann, desto stärker verbessern sich aufgrund der Entwicklungsabhän-

¹⁷ Vgl. hierzu auch *Lammers et al.* (2006 b).

gigkeiten zwischen Mikro- und Makroebene die Zukunftschancen für den Grenzraum. Im folgenden Szenario wird unterstellt, dass in Deutschland das trendmäßige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der letzten Jahre leicht zunimmt und die Arbeitslosigkeit sukzessiv abgebaut werden kann. Für Polen wird unterstellt, dass der Aufholprozess gegenüber der EU15 bis zum Jahr 2020 weiter substantiell vorankommt und dass zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen.

Das Szenario trägt insbesondere dem Umstand Rechnung, dass mit dem Beitritt Polens zur EU für die deutsch-polnische Grenzregion eine Situation entstanden ist, die eine bessere Entwicklung ermöglicht als es die Fortschreibung vorhandener Trends erwarten lässt. Die Region ist in eine zentrale Lage im erweiterten EU-Wirtschaftsraum gerückt. Polen mit rund 40 Millionen Einwohnern ist das mit Abstand größte Beitrittsland und Deutschland ist mit etwa 80 Millionen Einwohnern das größte Land in der bisherigen EU. Der deutsch-polnische Grenzraum liegt zwischen diesen beiden großen Märkten. Aber nicht nur die großräumige Erreichbarkeit von Märkten für Unternehmen aus der Grenzregion hat sich verbessert. Durch den Abbau von Grenzhemmnissen ergeben sich auch auf den lokalen Märkten für Arbeit, Wohnen sowie private und kommunale Dienstleistungen neue Chancen für Anbieter und Nachfrager, insbesondere in unmittelbarer Grenznähe. Der deutsch-polnische Grenzraum hat innerhalb der EU eine exponierte Stellung, gemessen an den Möglichkeiten zur Realisierung von Gewinnen einer erfolgreichen Integration. Das Szenario unterstellt, dass diese Chancen genutzt werden.

2.3.1 Räumlich konzentriertes Wachstum bei schrumpfender Bevölkerung

Die Standortattraktivität des Grenzraums, die durch die EU-Osterweiterung gestiegen ist und sich insbesondere in der verbesserten Erreichbarkeit von Märkten niederschlägt, ist - rückblickend von 2020 - von vielen Firmen genutzt worden. Von dem günstigem Zugang zu Absatz- und Beschaffungsmärkten haben sowohl alteingesessene Firmen mit Sitz im Grenzraum als auch neu angesiedelte Firmen profitiert. Die Chancen auf den lokalen Arbeits-, Wohnungs- und Dienstleistungsmärkten, die sich durch die Grenzöffnung vor allem für die Menschen in unmittelbarer Grenznähe ergeben haben, werden vielfältig genutzt. Die Beschäftigungschancen sowie das Standortimage des deutsch-polnischen Grenzraums haben sich stark verbessert, so dass die Wanderungsbilanz mit anderen Wirtschaftsräumen ausgeglichen ist. Der deutsch-polnische Grenzraum konnte Entwicklungsrückstände reduzieren bzw. -vorsprünge gegenüber anderen Regionen in Polen und Deutschland ausbauen. Die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, des Pro-

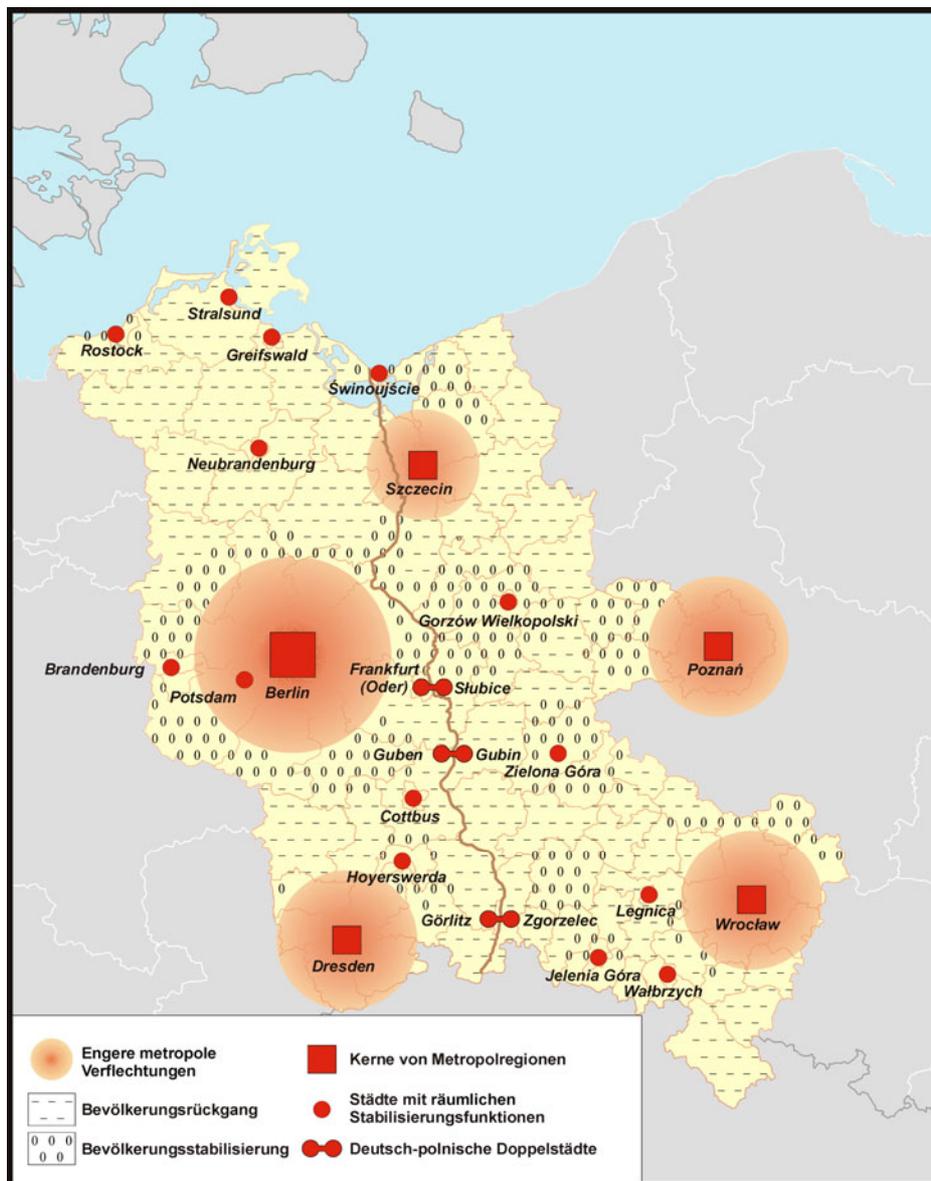
Kopf-Einkommens und des Lebensstandards haben sich zwischen dem polnischen und deutschen Teil stark verringert.

Die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums bis zum Jahr 2020 ist mit einem ausgeprägtem räumlichen Konzentrationsprozess innerhalb des deutsch-polnischen Grenzraums verbunden gewesen. Vor dem Hintergrund einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung sowie eines allgemeinen Trends hin zu wissensbasierten Wirtschaftsstrukturen expandierte die wirtschaftliche Aktivität vor allem in den fünf großen Städten Berlin, Dresden, Poznań, Szczecin und Wrocław. Durch Suburbanisierungsprozesse haben insbesondere im Umland dieser Städte die Bevölkerung und die Beschäftigung zugenommen. Kernstädte und Umland haben sich zu Metropolregionen entwickelt (vgl. Abbildung 9). Die dynamische Entwicklung in diesen Regionen ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen:

Erstens: Wegen einer bereits vorhandenen Ballung von potentiellen Zulieferern oder Firmen mit ähnlicher Produkt- oder Servicepalette, eines ergiebigen Arbeitsmarktes sowie von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen waren die Metropolregionen auch für Firmen und Menschen außerhalb der deutsch-polnischen Grenzregion attraktiv. Zweitens: Durch eine gute Verkehrsinfrastruktur wurde eine gute nationale und internationale Erreichbarkeit hergestellt und die Einbindung in überregionale Wissensnetzwerke und die internationale Arbeitsteilung gefördert. Berlin und Szczecin haben grenzüberschreitende Ausstrahlungskraft. Der neue Großflughafen in Berlin ist das zentrale Drehkreuz im Luftverkehr für die gesamte deutsch-polnische Grenzregion. Szczecin hat Versorgungsfunktionen auch für den nordöstlichen Teil Westpommerns übernommen. Zudem haben zahlreiche Einwohner Westpommerns ihren Arbeitsplatz in Szczecin und pendeln über die Grenze.

In einigen mittelgroßen Städten ist die Einwohnerzahl im Vergleich zum Jahr 2000 mehr oder weniger gleich geblieben. Diese Städte konnten ihre Bevölkerung stabilisieren, weil sie sich zu dynamischen Wirtschaftsstandorten mit hoher Lebensqualität entwickelt haben. Dies gelang insbesondere solchen Städten, in denen eine leistungsfähige Hochschule, ein intaktes Stadtbild, eine attraktive Umgebung, niedrige Immobilienpreise sowie eine günstige Anbindung an eine der großen Städte vorhanden waren.

Abbildung 9: Siedlungsstruktur im Jahre 2020



Quelle: Eigene Darstellung.

Eine vergleichsweise positive Entwicklung haben auch die deutsch-polnischen Doppelstädte (Frankfurt/Oder/Ślubiice, Guben-Gubin, Görlitz-Zgorzelec) genommen. Hier sind funktionelle grenzüberschreitende Arbeits-, Wohnungs- und Dienstleistungsmärkte entstanden, die zur Steigerung des Lebensstandards beträchtlich beitragen. In diesen Städten war es möglich, grenzüberschreitende Angebote zur Daseinsvorsorge (Kindergärten, Schulen, medizinische Einrichtungen, Alters- und Pflegeheime, Kultureinrichtungen u.a.) aufzubauen, was zur Entlastung der Kommunalhaushalte beiträgt und eine Reihe von Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Zusätzliche Übergänge über Oder und Neiße

dienen dazu, die grenzüberschreitende Nutzung von Infrastruktur zu ermöglichen, insbesondere in den Doppelstädten. Die Städte sind attraktiv für den Tourismus, weil die nach wie vor vorhandenen kulturellen Unterschiede zwischen dem polnischen und deutschen Teil der Grenzregion auf engem Raum erlebbar sind.

Der dynamischen Entwicklung in den fünf Metropolregionen und der vergleichsweise guten Entwicklung in einigen mittelgroßen Städten sowie in den deutsch-polnischen Doppelstädten stehen teilweise erhebliche Bevölkerungsrückgänge in ländlichen Regionen und anderen mittelgroßen Städten gegenüber. In den ländlichen Regionen Polens sind in erheblichem Maße Erwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft verloren gegangen. Arbeitsplätze sind nicht in einem solchen Umfang entstanden, der die Freisetzung aus der Landwirtschaft auch nur annähernd auffangen konnte. In einigen mittleren Städten, die weder eine eigene Dynamik entwickeln konnten noch verkehrsgünstig im Einzugsbereich einer Metropolregion liegen, geht die Einwohnerzahl und insbesondere die Zahl junger Menschen stark zurück. Staatliche und kommunale Leistungen der Daseinsvorsorge sind aufgrund von Finanzierungsengpässen auf Mindeststandards begrenzt worden und werden in weniger zentralen Orten angeboten als es noch zu Beginn des Jahrhunderts der Fall war. Allerdings war damit im polnischen Teil gegenüber dem Zustand zu Beginn des Jahrhunderts dennoch ein qualitativ deutlich verbessertes Angebot verbunden.

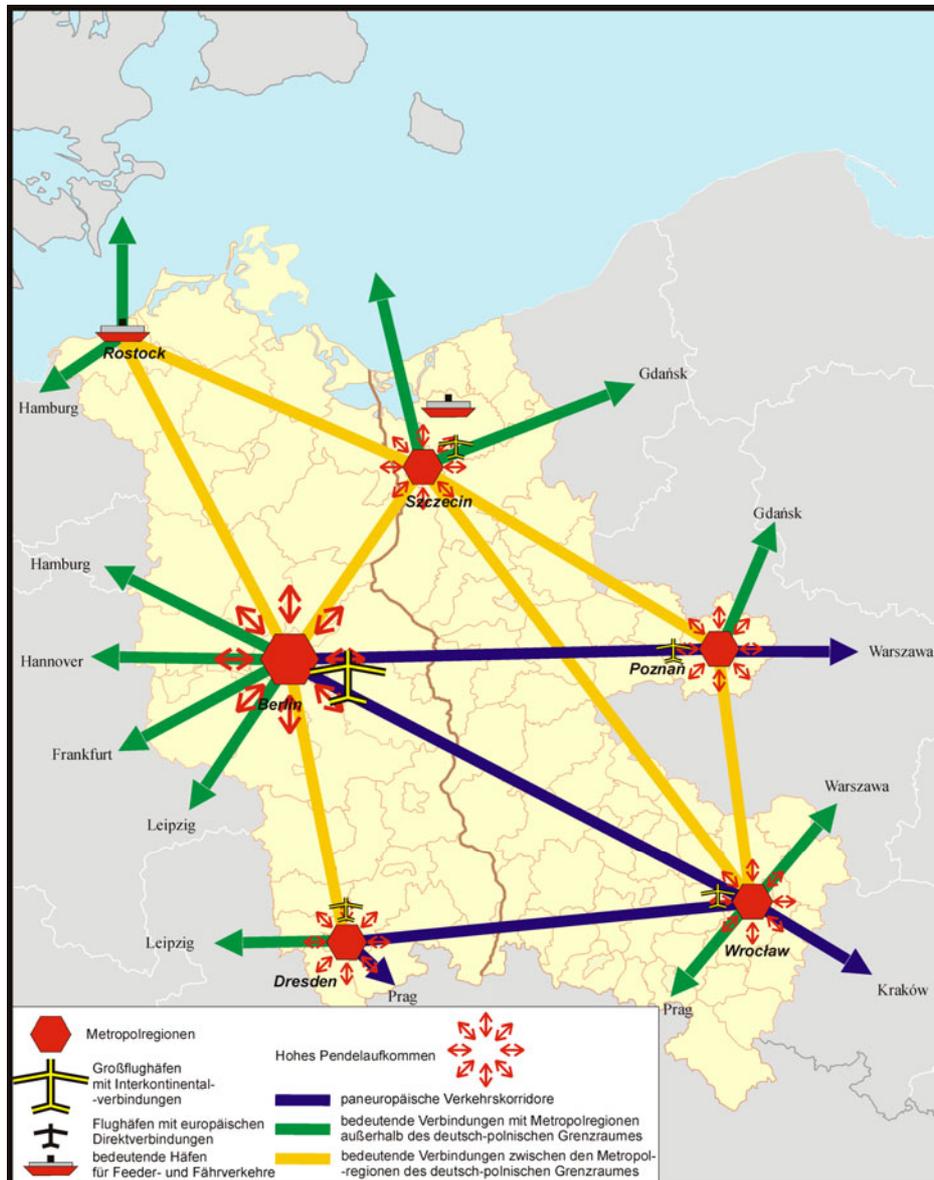
2.3.2 *Verkehr*

Mit zunehmender Integration und Vertiefung der Arbeitsteilung zwischen Deutschland und der EU15 sowie Polen und den neuen Mitgliedsländern hat der Transit, insbesondere im Güterverkehr, durch die Grenzregion zugenommen. Dies betrifft insbesondere die Korridore Hannover - Berlin - Poznań - Warszawa, Berlin - Wrocław - Kraków - Lvov sowie Leipzig - Dresden - Wrocław - Kraków - Lvov.

Die Einbindung der Metropolregionen des deutsch-polnischen Grenzraums in die europäische und internationale Arbeitsteilung erzeugt darüber hinaus Verkehre zwischen diesen Metropolen und anderen Metropolen in Polen, Deutschland und dem benachbarten Ausland (vgl. Abbildung 10). Auf Straße und Schiene hat deshalb die Bedeutung der Verbindungen: Berlin - Hamburg, Berlin - Frankfurt, Berlin - München, Szczecin - Gdańsk, Dresden - Prag und Wrocław - Prag zugenommen. Von besonderer Bedeutung für die Einbindung der Metropolregionen in die internationale Arbeitsteilung war auch

deren Anschluss an den Luftverkehr. Headquarter-Funktionen in den fünf Metropolregionen machten es erforderlich, andere große Städte in Polen und Deutschland sowie im

Abbildung 10: Hauptverkehrsströme im Jahre 2020



Quelle: Eigene Darstellung.

europäischen Ausland im Flugverkehr direkt zu erreichen. Der neue Großflughafen in Berlin-Schönefeld hat sich zum Drehkreuz mit Interkontinentalverbindungen für den gesamten Grenzraum entwickelt, weil er auf Straße und Schiene von den anderen Metropolregionen des Grenzraums gut erreichbar ist. Über die Häfen Rostock und Szczecin werden Feederverkehre abgewickelt. Darüber hinaus sind sie bedeutsame Fährhäfen im

Verkehr über die Ostsee. Beide Häfen profitieren von dem zunehmenden Handel im Ostseeraum. Die Oder hat als Verkehrsader unterhalb der Verbindung nach Berlin keine nennenswerte wirtschaftliche Bedeutung.

Generell hat die stärkere Vernetzung und vertiefte Arbeitsteilung im deutsch-polnischen Grenzraum zur Folge, dass die Verkehre auf den Strecken zwischen den Metropolregionen stark gestiegen sind, und zwar sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Diese Verbindungen werden auch von Pendlern genutzt, die in kleineren Städten oder in der Nähe dieser Verkehrsachsen wohnen. Innerhalb der Metropolregionen hat das Pendleraufkommen zwischen Kernstädten und Umland stark zugenommen. In diesen Räumen ist deshalb der Bedarf an leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrssystemen gestiegen, insbesondere auf polnischer Seite, wo diese Systeme noch wenig entwickelt waren.

2.3.3 *Forschung und Hochschulausbildung*

Der deutsch-polnische Grenzraum ist im Jahre 2020 ein führender Standort für Ausbildung und Forschung. Die bereits zu Beginn des Jahrhunderts vorhandene quantitativ und qualitativ bedeutsame Forschungs- und Ausbildungslandschaft konnte ausgebaut werden. Die großen Städte Berlin, Dresden, Poznań, Szczecin, Wrocław und auch andere Städte waren bereits 2005 bedeutsame Hochschulstandorte. Insgesamt studierten an den Hochschulen des Grenzraums schon in den Jahren 2002-2004 jahresdurchschnittlich etwa 620.000 Studenten, das heißt rund 40 Studenten pro 1.000 Einwohner.¹⁸ Für Deutschland und Polen lagen die Vergleichswerte bei 25 bzw. 50 Studenten pro 1.000 Einwohner.

Im Wissen um die Bedeutung von Ausbildung und Forschung als Schlüssel für die ökonomische und soziale Entwicklung des Grenzraums sind – rückblickend vom Jahr 2020 aus - erhebliche und erfolgreiche Anstrengungen in deren Ausbau unternommen worden. Die großen Metropolen haben sich weiter zu akademischen Zentren entwickelt, die zahlreiche wirtschaftliche Aktivitäten und Studenten aus anderen Regionen attrahieren. Für Firmen sind die Zentren als Standorte für ihre Aktivitäten aus zwei Gründen interessant geworden: Erstens ist das Angebot an qualifizierten Berufseinsteigern ergiebig und zweitens haben sich im Umfeld der Hochschulen und Forschungsinstitute jene

¹⁸ Angaben für das Studienjahr 2002/2003 in Polen und 2003/2004 in Deutschland. Ermittelt aufgrund von Online-Recherchen in den deutschen Statistischen Landesämtern und im polnischen Statistischen Hauptamt.

kreativen Milieus entwickelt, die Innovationen begünstigen. Zudem kommt es aus den Forschungsinstituten heraus zur Neugründung von innovativen Unternehmen. Diese Entwicklungen sind nicht nur auf die großen akademischen Zentren beschränkt geblieben. Auch im Umfeld einiger mittlerer Universitätsstädte gibt es Ansätze zu Spillovers zwischen öffentlich finanzierter Forschungsinfrastruktur und wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Hauptfunktion von Hochschulstandorten außerhalb der großen Metropolen liegt allerdings in der Ausbildung (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Forschungs- und Hochschulstandorte im Jahre 2020 *



Quelle: Eigene Darstellung.

Weil qualitativ hochwertige Lehre und Forschung eine kritische Masse an Lehr- und wissenschaftlichem Personal erfordert, ist es im deutsch-polnischen Grenzraum zu Spezialisierungen, räumlichen Zusammenlegungen von Ausbildungsgängen und Kooperationen bei Forschung und Lehre, auch grenzüberschreitend, gekommen. An einigen Standorten, an denen die kritische Masse nicht erreicht werden konnte, sind auch Schließungen von Ausbildungseinrichtungen vorgenommen worden.

Einige Hochschulen, insbesondere im engeren Grenzraum haben die Funktion übernommen, Studenten auszubilden, die für den Ausbau deutsch-polnischer Beziehungen wichtig sind, sei es im politisch-administrativen, wirtschaftlichen oder kulturellen Bereich. Vorreiter waren das Collegium Polonicum in Ślubice mit einem grenzüberschreitenden Campus sowie die deutsch-polnischen Studiengänge an der Hochschule Zittau/Görlitz und der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) Berlin. Diesen Beispielen sind auch Hochschulen auf der polnischen Seite gefolgt (Universitäten in Szczecin, Zielona Góra, Wrocław). Das spezielle Angebot an Absolventen der deutsch-polnischen Studiengänge macht die Grenzregion für Unternehmen attraktiv, die in beiden Ländern Aktivitäten entfalten wollen.

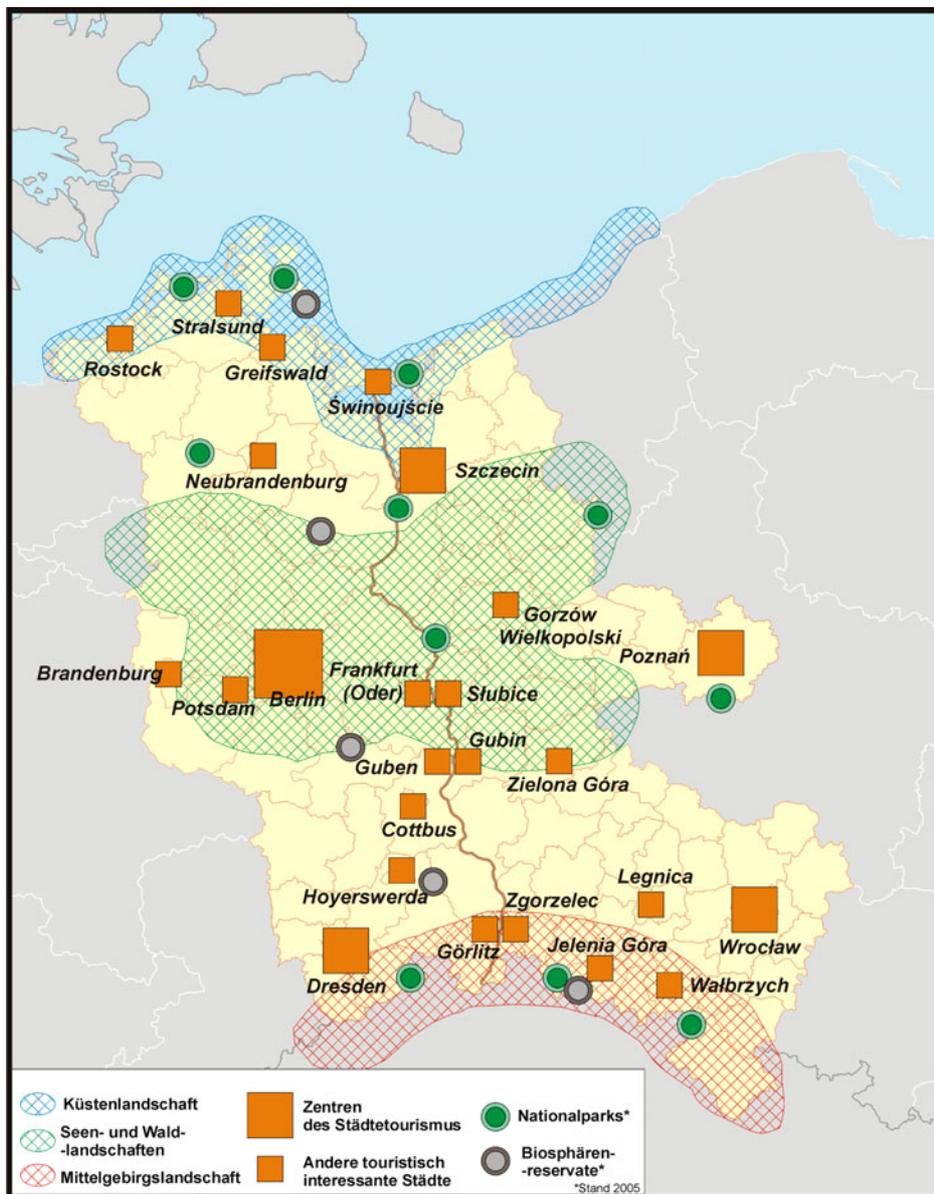
2.3.4 Tourismus und naturräumliche Nutzung

Der Grenzraum, den im Jahre 2002 bereits über 20 Mio. Gäste besuchten, bot sehr gute Möglichkeiten für eine weitere Entwicklung des Tourismus. Hierzu trugen mehrere Faktoren bei: Berlin als deutsche Hauptstadt und Regierungssitz sowie die Großstädte Dresden, Szczecin, Poznań und Wrocław mit ihren historischen Stadtkernen und anderen Sehenswürdigkeiten sowie ihren hochwertigen kulturellen Angeboten in Theatern und Museen waren attraktive Ziele des Städtetourismus. Die Ostseeküste im Norden, die Mittelgebirgslandschaft im Süden, die Seen- und Waldlandschaften (u.a. Lebuser Seengebiet, Spreewald) sowie die Oder und Neiße in der Mitte des Grenzraums bieten vielfältige Erholungs- und Erlebnismöglichkeiten. Weil weite Teile der Grenzregion dünn besiedelt sind und die Zahl der Bewohner weiter zurückging, eröffneten sich neue Spielräume für den Naturschutz, die für einen „sanften Tourismus“ förderlich waren. Weil die naturräumlichen Gegebenheiten beiderseits der Grenze einander entsprechen, gab es auch weitreichende Möglichkeiten für eine grenzüberschreitende Kooperation beim Tourismus und Naturschutz.

Die günstigen Voraussetzungen für die Entwicklung von Tourismus und Naturschutz sind - aus dem Blickwinkel des Jahres 2020 – genutzt worden (vgl. Abbildung 12). Die großen Städte konnten ihre Attraktivität weiter steigern, wozu die verbesserten Verkehrsbedingungen auf Straße, Schiene und in der Luft beigetragen haben. Einzelne Städte haben ihr positives Image als Metropolen mit einem attraktiven kulturellen Angebot weiter verbessern können, z.B. Wrocław als ein Theaterzentrum und Berlin als eine Museumsstadt. Komfortable, schnelle und regelmäßige Verkehrsverbindungen ermöglichen es, mit dem Besuch einer Stadt einen Tagesausflug in eine andere Stadt zu verbinden (z.B. von Berlin aus nach Szczecin und zurück).

Die Küsten im Norden sowie das Mittelgebirge im Süden haben sich zu attraktiven Urlaubsregionen entwickelt. Hierzu hat insbesondere auf polnischer Seite ein Ausbau der touristischen Infrastruktur beigetragen. Auf deutscher Seite erfolgte eine laufende Anpassung der touristischen Infrastruktur an die Bedürfnisse der Urlauber. Ein Ausbau der touristischen Infrastruktur war auch in weiten Teilen der Seen- und Waldgebiete erforderlich, um deren landschaftliche Attraktivität zu erschließen. Dabei ist in besonderem Maße auf Naturverträglichkeit geachtet worden. Seen- und Waldgebieten haben sich zu Urlaubsgebieten für Gäste entwickelt, für die die Erkundung der Natur mit dem Fahrrad oder auf dem Wasser einen hohen Stellenwert hat. Fahrrad- und Wasserwege werden vielfach grenzüberschreitend genutzt, wobei die Überquerung der Oder und der Neiße vielerorts durch Fährbetrieb gewährleistet wird. Die Oder und Neiße haben eine hohe Bedeutung für den Wassertourismus und werden für touristische Passagierverkehre genutzt. Eine besondere Attraktion üben die Doppelstädte an der Oder und Neiße aus, weil die vielerorts kulturellen Unterschiede und regionalen Besonderheiten zwischen Polen und Deutschland unmittelbar auf kleinem Raum erlebbar sind. Der Tourismus hat sich zu einem bedeutsamen Wirtschaftszweig entwickelt. In einigen Regionen (an der Ostseeküste, im Mittelgebirge) stellt er die bedeutsamste Erwerbsquelle dar.

Abbildung 12: Tourismus und naturräumliche Nutzung im Jahre 2020 *



Quelle: Eigene Darstellung.

Weite Teile des Grenzraums sind als Naturschutzgebiete, einige als Biosphärenreservate ausgewiesen worden, auch grenzüberschreitend. Hierfür war das früh eingerichtete grenzüberschreitende Naturschutzgebiet „Internationalpark Unteres Odertal“ wegweisend. Der Bevölkerungsrückgang in wenig verdichteten Gebieten hat dies begünstigt und vielfach zu einer Entschärfung von Nutzungskonflikten zwischen Naturschutz und wirtschaftlicher Nutzung geführt. In der Landschaftspflege sowie im Naturschutz sind eine Reihe von Arbeitsplätzen entstanden, die überwiegend von ehemals in der Landwirtschaft Beschäftigten oder Nebenerwerbslandwirten besetzt sind. Insbesondere in

den landwirtschaftlichen Grenzertragsstandorten im nördlichen Teil der Region beiderseits der Grenze war dies der Fall.

Die hohe naturräumliche Attraktivität des Grenzraums ist nicht nur durch die Ausweitung grenzüberschreitender Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate erhalten und gesteigert worden, sondern auch durch bedeutsame Maßnahmen im Umweltschutz. Hierzu gehören insbesondere der Ausbau von Kläranlagen im Einzugsgebiet von Oder und Neiße sowie die Verminderung des Schadstoffeintrags in die beiden Flüsse durch landwirtschaftliche Nutzungen. Weil im Umweltschutz die grenzüberschreitenden Effekte schnell sichtbar werden, ist es zu einer wirksamen deutsch-polnischen Kooperation in diesem Bereich gekommen. Es hat eine vielfältige, praktikable und von einer realistischen Einschätzung getragene Fokussierung auf Kernbereiche stattgefunden, die durch eine effiziente Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel, auch solcher der EU, ein Maximum an Verbesserung der Umweltsituation bewirken. Darüber hinaus ist die Konversion der ehemaligen Stützpunkte und Truppenübungsplätze der Sowjetarmee sowie der Nationalen Volksarmee im Grenzraum erfolgreich bewältigt worden.

Die naturschonende touristische Erschließung des Grenzraums, die Attraktivität der Naturlandschaften sowie Fortschritte im Umweltschutz bei oft nicht allzu weiter Entfernung zu einer großen Stadt hat den deutsch-polnischen Grenzraum auch zu einem beliebten Altersruhesitz werden lassen. Die damit entstandene teils sehr kaufkraftstarke Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsleistungen stellt eine weitere Erwerbsquelle in kleineren Städten und im ländlichen Raum dar.

3 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

3.1 Vorbemerkungen

In diesem Kapitel wird dargelegt, wie die Politik die ökonomische und soziale Entwicklung im deutsch-polnischen Grenzraum fördern könnte, um eine Entwicklung zu begünstigen, die dem in Kapitel 2 beschriebenen Szenario entspricht.

Die zukünftige Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums ist generell in hohem Maße davon abhängig, wie die wirtschaftliche Entwicklung in Polen und Deutschland insgesamt verläuft. Der deutsche Teil der Grenzregion ist auf vielfältige Weise in die deutsche Volkswirtschaft eingebunden; entsprechendes gilt auf der polnischen Seite. Nach allen Erfahrungen in anderen europäischen Grenzregionen ist deshalb kaum zu erwarten, dass der deutsch-polnische Grenzraum sich von den nationalen Einflüssen abkoppeln und als zusammenhängender Wirtschaftsraum eine eigenständige Entwicklung nehmen könnte. Deshalb haben auch die nationalen (Wirtschafts-)Politiken in Polen und Deutschland erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der jeweiligen Teile der Grenzregionen. Je besser es der Politik in diesen beiden Ländern gelingt, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren sowie die Lebensbedingungen zu verbessern, desto günstiger wird sich auch die Entwicklung in den Grenzregionen darstellen und desto leichter können die Anpassungsprozesse bewältigt werden, die mit der weiteren europäischen Integration und der Globalisierung verbunden sind.

Wenngleich die nationalen (Wirtschafts-)Politiken von erheblicher Bedeutung für den deutsch-polnischen Grenzraum sind, werden sie im Folgenden nicht weiter betrachtet, sondern es wird vielmehr das Augenmerk auf Maßnahmen gerichtet, die spezifisch auf den deutsch-polnischen Grenzraum zugeschnitten bzw. für diesen von besonderem Nutzen sind. Dies entspricht der gut begründeten These – die auch dem zuvor skizzierten Entwicklungsszenario zugrunde liegt –, dass die EU-Osterweiterung gerade diesem Raum besondere Entwicklungschancen eröffnet. Die Integrationsgewinne fallen allerdings nicht automatisch an, sondern sie müssen durch geeignete Politikmaßnahmen gefördert und ermöglicht sowie durch Menschen und Unternehmen in den Regionen genutzt werden. Die entscheidende Frage lautet deshalb, mit welchen Politikmaßnahmen das vorhandene erhebliche Integrationspotential in diesem Raum in wirtschaftliche und soziale Fortschritte umgesetzt werden kann. Entscheidend für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums wird es sein, wie sich seine Regionen – insbesondere

die großen Städte – im internationalen Standortwettbewerb positionieren können. Neben der Intensivierung des Standortwettbewerbs stellt die absehbare Bevölkerungsentwicklung beiderseits der Grenze die größte Herausforderung in diesem Wirtschaftsraum dar.

Bei der Erschließung der spezifischen Potentiale des deutsch-polnischen Grenzraums kommt der Raumordnungspolitik eine wichtige Rolle zu. Sie hat als Querschnittsaufgabe die Funktion, in Kenntnis der Ausgangslage, der Entwicklungstendenzen, der Herausforderung und der Potentiale des Raums jene Politikmaßnahmen zu benennen und zu koordinieren, die zu seiner Entwicklung notwendig sind. Im Jahre 1995 sind bereits raumordnerische Leitbilder für den deutsch-polnischen Grenzraum entwickelt worden, die dann im Jahre 2002 in Kenntnis des EUREK aktualisiert und vom Ausschuss der deutsch-polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit bestätigt wurden. Bei den im Folgenden präsentierten Handlungsempfehlungen wurden diese Leitbilder berücksichtigt. Die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen beinhalten Maßnahmen, die erforderlich sind, um eine im Abschnitt 2 skizzierte mögliche Entwicklung einzuleiten.

Die weiteren Ausführungen sind wie folgt gegliedert: Zunächst werden Rahmenbedingungen benannt, die zu verändern bzw. zu schaffen wären, damit die Menschen und Unternehmen, die lokalen und regionalen politischen Akteure stärkere Anreize haben, sich im Sinne einer Nutzung der Entwicklungspotentiale des Grenzraums zu verhalten. Sodann werden raumordnungspolitische Empfehlungen für eine effizienz- und wachstumsfreundliche räumliche Wirtschafts- und Siedlungsstruktur unterbreitet. Schließlich werden für die Bereiche Verkehr, Ausbildung und Forschung sowie Tourismus und naturräumliche Nutzung Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die notwendig sind, damit eine solche räumliche Struktur entstehen kann.

3.2 Verbesserte Rahmenbedingungen

3.2.1 Den Binnenmarkt schnell in vollem Umfang entfalten

Nach dem Beitritt Polens zur EU sollten die noch bestehenden Hemmnisse auf dem Wege zur vertieften Integration zwischen Polen und Deutschland weiter abgebaut werden. Ein wichtiger Schritt dazu wäre, alle Freiheiten des Binnenmarktes in den gegenseitigen Beziehungen schon früh anzuwenden, früher als es die Übergangsfristen aus

dem Beitrittsvertrag hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit, des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs sowie des Kapitalverkehrs vorsehen.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen im Baugewerbe einschließlich verwandter Wirtschaftsbereiche sowie Teilbereiche des Handwerks (Innendekoration, Reinigung von Gebäuden u.a.) wurden nach dem Beitrittsvertrag mit Übergangsfristen gemäß der Formel 2+3+2 belegt. Eine frühere Aufhebung dieser Übergangsfristen, z.B. im Jahr 2006, hätte einen symbolischen Charakter und würde Normalität hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungserbringung im deutsch-polnischen Grenzraum bedeuten. Unter einem ökonomischen Blickwinkel würde der Grenzraum in die Lage versetzt werden, die Vorteile der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung schneller intensiv nutzen zu können. So würde z.B. das Pendeln über die Grenze, das bislang nur innerhalb eines Grenzstreifens von 50 Kilometern entlang der deutsch-polnischen Grenze erlaubt ist (kleiner Grenzverkehr) auch in große Städte möglich. Den Unternehmen stände ein größerer Pool an Arbeitskräften zur Verfügung. Der Grenzraum würde für in- und ausländische Investoren attraktiver. Zudem würden hierdurch viele bereits ohnehin bestehende Arbeitsverhältnisse von Polen in Deutschland legalisiert werden. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Grenzpendler sowie die hierdurch geknüpften zwischenmenschlichen Kontakte würden helfen, bestehende Vorurteile abzubauen. Die Zunahme sozialer Spannungen zwischen deutschen und polnischen Bewohnern des Grenzraums, die als Argument gegen die Liberalisierung der Arbeitsmärkte zum 1. Mai 2004 angeführt wurde, erscheint als relativ unwahrscheinlich. Vielmehr könnte die Legalisierung der vielfach bestehenden Beschäftigungsverhältnisse von polnischen Bürgern in Deutschland, wenn sie von einer entsprechenden Aufklärungspolitik der deutschen Seite begleitet wäre, zu einem Abbau von Konfliktpotential beitragen.

Im Gegenzug zur Aufhebung der Übergangsfristen für polnische Arbeitnehmer und Dienstleistungserbringer sollte die polnische Seite die Übergangsfrist für den Erwerb von Grund und Boden im Bereich der Land- und Forstwirtschaft für Ausländer verkürzen und landesweit vereinheitlichen. Nach der gegenwärtigen Rechtslage ist dessen Erwerb in den westlichen Woiwodschaften und damit im gesamten polnischen Teil des Grenzraums bis zum Jahre 2016 (in den östlichen Gebieten Polens bis 2011) für nicht-polnische Staatsbürger nicht möglich. Im Hinblick auf die Schaffung gleicher Bedingungen für Investoren – der Erwerb von Immobilien außerhalb der Land- und Forstwirtschaft steht den EU-Bürgern auf dem ganzen Territorium Polens bereits frei – wäre die-

ser Schritt zur Verkürzung und Vereinheitlichung von großer symbolischer Bedeutung. Eine deutliche Verkürzung der geltenden Übergangszeit würde bedeuten, dass Polen der vollen Integration offen steht und die früheren Ängste („die Deutschen kaufen Polen auf“) bereits überwunden sind. Die landesweite Vereinheitlichung der Übergangsfrist würde zudem ein wichtiges Signal der polnischen Regierung an die regionalpolitisch Verantwortlichen sein, dass sich alle Regionen des Landes unter den gleichen makroökonomischen Rahmenbedingungen um ausländisches Kapital bemühen können. Ökonomisch gesehen ist es relevant, dass die Verkürzung der Übergangszeit sich positiv auf die Modernisierung der Land- und Forstwirtschaft auswirken würde, die zu den wichtigsten Wirtschaftsbereichen im polnischen Teil der Grenzregion zählt und vor großen Umstrukturierungen steht.

3.2.2 Lokale Kompetenzen stärken

Unterschiede im Rechtssystem und Verwaltungsaufbau zwischen dem deutschen föderalen und dem polnischen zentralen Aufbau erschweren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegenwärtig in vielen Bereichen. Im Hinblick auf eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Regionen wäre die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen sowie eine stärkere Verlagerung von Kompetenzen auf regionale und lokale Gebietskörperschaften, insbesondere in Polen, hilfreich. Auch nach den territorialen Reformen von 1999 ist Polen ein zentral organisierter Staat geblieben. Im Rahmen der bestehenden Kompetenzaufteilung sind die regionalen Selbstverwaltungen zwar gesetzlich verpflichtet, Entwicklungsstrategien für ihre Region zu erstellen. Problematisch im Hinblick auf die Umsetzung der regionalen Entwicklungskonzepte ist jedoch, dass die Neuaufteilung der Aufgabenkompetenzen zwischen der nationalen und regionalen Ebene nicht parallel mit der Dezentralisierung von Finanzierungskompetenzen verlaufen ist. Es gibt nur eine sehr begrenzte finanzielle Autonomie der regionalen Gebietsverwaltungen. Die nationale Ebene entscheidet nach wie vor, welche regionalen Projekte finanziert und damit durchgeführt werden. Eine größere Autonomie der Regionen bezüglich der Verwendung finanzieller Mittel wäre hilfreich, um das Bewusstsein der regionalen Akteure für ihre Verantwortung hinsichtlich der regionalen Entwicklung zu stärken. Zudem würde die grenzüberschreitende Kooperation durch mehr Finanzautonomie für die polnischen Regionen einfacher, weil dadurch die Probleme der grenzüberschreitenden Abstimmung, wie die Suche nach den richtigen Ansprechpartnern oder langwierige Entscheidungsprozesse, gemildert werden könnten. Solche Änderungen werden sich nicht schnell und einfach herbeiführen lassen, weil sie den Staatsauf-

bau eines Landes berühren. Wichtig ist aber zu erkennen, dass eine größere regionale Autonomie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich erleichtern würde.

Um regionale und lokale Kompetenzen zu stärken, wäre es in jedem Falle hilfreich, nach dem Beispiel des Karlsruher Abkommens¹⁹ von 1996 eine rechtliche Grundlage für deutsche und polnische Gebietskörperschaften und öffentliche Stellen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu schaffen. Diese rechtliche Grundlage sollte die Befugnisse von Gebietskörperschaften und öffentlichen Stellen benennen, damit diese unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts sowie der völkerrechtlichen Verpflichtung beider Länder grenzüberschreitende Regelungen leichter treffen können. Eine derartige Übereinkunft würde die Rechtssicherheit für die lokalen und regionalen Akteure erhöhen, wenn Entscheidungen aufeinander besser abgestimmt, gemeinsame Leistungen erbracht, öffentliche Einrichtungen gemeinsam betrieben, Aufgaben zwischen den Gebietskörperschaften übertragen und öffentliche Aufträge gemeinsam vergeben werden sollen. Auf einer rechtlichen Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit könnten zudem grenzüberschreitende örtliche Zweckverbände gegründet werden, von denen Aufgaben und Dienstleistungen vom gemeinsamen Interesse übernommen werden könnten.

3.3 Wirtschafts- und Siedlungsstruktur: Wachstumsfreundliche Raumstrukturen fördern

Große Bedeutung für die Entwicklungschancen des deutsch-polnischen Grenzraums hat die räumliche Verteilung von Bevölkerung und wirtschaftlichen Aktivitäten. Neuere Forschungen zeigen, dass das erzielbare Inlandsprodukt eines Wirtschaftsraums u.a. davon abhängig ist, wie Bevölkerung und wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb dieses Raums verteilt sind. Auch die Möglichkeiten zur Steigerung des Inlandsprodukts, also die Wachstumsaussichten, sind hiervon abhängig. Es gibt Evidenz dafür, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen die wirtschaftlichen Aktivitäten zu wenig verdichtet sind und dass zukünftige Impulse für wirtschaftliches Wachstum vor allen Dingen in Metropolen entstehen. Dies gilt auch für den deutsch-polnischen Grenzraum.

19 Vgl. Übereinkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen [Karlsruhe, 23. Januar 1996] In Kraft getreten am 1. September 1997, siehe www.jura.uni-sb.de/bijus/karlsruhe/.

Wenn der deutsch-polnische Grenzraum seine Chancen in der erweiterten EU nutzen will, muss die (Raumordnungs-)Politik dafür sorgen, dass effiziente und wachstumsfreundliche räumliche Strukturen entstehen können bzw. soweit sie vorhanden sind, erhalten bleiben. Solche Strukturen mögen nicht immer dem entsprechen, was unter ausgleichspolitischen Gesichtspunkten wünschenswert wäre. Eine effizienzfördernde und wachstumsfreundliche Politik muss Agglomerations- und Entleerungsprozesse zulassen bzw. fördern. Dies steht im Gegensatz zu einer Politik, die eher eine gleichmäßigere räumliche Verteilung von Bevölkerung und wirtschaftlichen Aktivitäten anstrebt. Wie die Akzente in diesem Konflikt gesetzt werden, ist letztlich eine politische Entscheidung. Im Folgenden wird unterstellt, dass die Politik effiziente Raumstrukturen fördern will, um die ökonomischen Chancen zu nutzen, die sich aus der Erweiterung ergeben.

Wenn die Politik diese Chancen nutzen will, sollte das Hauptaugenmerk auf die großen Agglomerationen gerichtet und deren Entwicklung hin zu Metropolregionen gefördert werden. Die fünf Agglomerationen Berlin, Dresden, Szczecin, Wrocław und Poznań sind so im Raum verteilt, dass jede für sich eine große Bedeutung für einen Teil des Grenzraums hat. Ohne eine positive Entwicklung dieser Agglomerationen wird es nicht möglich sein, dass der Grenzraum seine ökonomischen Chancen nutzen kann, zumal die Bevölkerung im Grenzraum insgesamt den vorherrschenden Trends zufolge abnehmen wird. Die Agglomerationen erfüllen wichtige Funktionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Hier finden sich Firmenzentralen sowie eine diversifizierte Dienstleistungs- und Industriestruktur. Neues Wissen und Wachstumsdynamik sind hier in erster Linie zu erwarten. Wirtschaftliche Entwicklung und Wanderungsbewegungen der jüngeren Zeit zeigen bereits in diese Richtung. Die Politik sollte diese Impulse aufgreifen und verstärken.

Neben den fünf großen Agglomerationen gibt es eine Reihe von Städten mittlerer Größe, die ebenfalls große Bedeutung für die Siedlungsstruktur in einem Raum mit vergleichsweise niedriger Siedlungsdichte haben. Einige dieser Städte könnten sich ebenfalls zu dynamischen Wirtschaftsstandorten entwickeln, insbesondere solche, in denen eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungsinfrastruktur, eine hohe Lebensqualität durch ein intaktes Stadtbild und eine attraktive Umgebung, niedrige Immobilienpreise und eine gute Verkehrsanbindung an eine der Metropolen zusammenkommen. Ob und welche der mittelgroßen Städte sich in diese Richtung entwickeln können ist nicht vorsehbar. Viel hängt davon ab, was die Städte selbst aus ihren Chancen machen. Die (Raumordnungs-)Politik sollte die Chancen für solche Entwicklungen offen halten.

Der ländliche und naturnahe Raum wird allen Entwicklungstrends zufolge von einem spürbaren Bevölkerungsrückgang und Alterungsprozess betroffen sein. Wachstumsimpulse für den Gesamttraum werden hier nicht entstehen. In diesen Regionen geht es zum einen darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Mindestversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern und sozialen Diensten gewährleistet wird. Dies wird vielfach wirtschaftlich nur möglich sein, wenn – verglichen mit heute – die Versorgung stärker zentralisiert angeboten wird. Zum anderen geht es darum, diese Räume stärker für naturräumliche Funktionen zu nutzen und über naturverträglichen Fremdenverkehr sowie Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen Erwerbsmöglichkeiten aufzubauen.

Grenzüberschreitende Aspekte einer wachstumsfördernden Raumstruktur sind in folgender Hinsicht von Bedeutung:

- Berlin und Szczecin erfüllen wichtige grenzüberschreitende Funktionen: Berlin ist die einzige Metropole von europäischem Rang im Grenzraum, und das potentielle Pendleraufkommen und Versorgungsgebiet von Szczecin reichen weit nach Westpommern hinein.
- Wichtige auszubauende Verkehrsverbindungen zwischen den Agglomerationsräumen bzw. deren Anbindung an andere Metropolen überqueren die Grenze.
- Zwischen den Forschungs- und Hochschulinstitutionen beiderseits der Grenze entstehen leistungsfähige und effizienzsteigernde Verbünde.
- Das Angebot an öffentlichen und sozialen Diensten im engeren Grenzraum wird kostensparend grenzüberschreitend erbracht.
- Im engeren Grenzraum schafft die naturräumliche und touristische Erschließung, sofern sie grenzüberschreitend erfolgt, einen Mehrwert.

Welche Maßnahmen gemäß diesem Raumentwicklungsmuster im Hinblick auf Verkehr, Ausbildung und Forschung sowie Tourismus und naturräumliche Nutzung im Einzelnen sinnvoll sind, wird in den folgenden Abschnitten weiter ausgeführt.

3.4 Schlüsselbereiche

3.4.1 Verkehrsinfrastruktur ausbauen und sie wirtschaftlich nutzen

Eine äußerst wichtige Rolle für die Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzraums spielt die Verkehrsinfrastruktur. Ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist aus dreierlei Gründen notwendig: Erstens gilt es, dem stark wachsenden Transitverkehr Rechnung zu tragen; zweitens muss eine hochwertige Anbindung des Grenzraums an andere Wirtschaftsregionen hergestellt werden und drittens muss die Infrastruktur die intraregionale Arbeitsteilung fördern, nicht zuletzt in grenzüberschreitender Hinsicht.

Im Schienenverkehr sollte das Hauptaugenmerk auf dem Ausbau der folgenden grenzüberschreitenden Strecken liegen:

- Dresden - Görlitz – Wrocław,
- Berlin - Cottbus – Wrocław,
- Berlin - Szczecin.

Für diese Strecken sollte ein Ausbauzustand für Geschwindigkeiten von mindestens 160 km/h angestrebt werden. Die Maßnahmen umfassen Streckenbegradigungen, Elektrifizierungen sowie zweigleisigen Ausbau inklusive der grenzüberschreitenden Brückenübergänge²⁰, sofern diese noch nicht vorhanden sind. Die wichtige grenzüberschreitende Strecke Berlin – Poznań (- Warszawa) wird zur Zeit gemäß geschlossenem Abkommen zwischen Polen und Deutschland für eine Streckengeschwindigkeit von 160 km/h ausgebaut. Bis Ende 2006 werden weite Teile mit dieser Geschwindigkeit befahren sein. Auch wenn dieser Ausbauzustand eine erhebliche Verbesserung gegenüber früher darstellt, sind weitere Schritte in Richtung Hochgeschwindigkeitsverkehr auf dieser Verbindung vorzunehmen. Dazu sollten zwei Alternativen geprüft werden. Erstens: Ausbau der bestehenden Strecke für höhere Geschwindigkeiten. Erforderlich wären hierfür in erster Linie der Bau von Unter- bzw. Überführungen der kreuzenden Straßenverbindungen. Bei Einsatz entsprechenden Zugmaterials wären dann Geschwindigkeiten bis 230 km/h denkbar.²¹ Die Strecke würde sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr genutzt. Zweitens: Neubau einer Hochgeschwindigkeitstrasse für noch höhere Geschwindigkeiten ausschließlich für den Personenverkehr und Nutzung der ausgebauten

20 Bislang wurde nur die Brücke über die Oder auf der Strecke Berlin - Poznań zweigleisig ausgebaut.

21 Vorbild für diese Alternative könnte die Verbindung Berlin-Hamburg sein, die seit Ende 2004 mit dieser Geschwindigkeit befahren wird.

ten Verbindung für den Güterverkehr. Auch für nicht grenzüberschreitende Strecken zwischen den großen Städten besteht Ausbaubedarf; auf polnischer Seite insbesondere für die Verbindungen Szczecin - Poznań sowie Poznań - Wrocław. Die Strecke Berlin - Dresden ist bereits mit Geschwindigkeiten bis 160 km/h befahrbar; hier sollte der laut Bundesverkehrswegeplan angestrebte Ausbau für 200 km/h möglichst schnell verwirklicht werden. Mit diesen Ausbaumaßnahmen würde nicht nur die Verbindungsqualität innerhalb des Grenzraums entscheidend verbessert werden, es würde auch eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass ein Teil des wachsenden Verkehrsaufkommens, insbesondere im Transitverkehr, auf der Schiene bewältigt werden kann.

Verbesserte Verkehrsbedingungen auf der Schiene sind auch vielfach ohne umfangreiche Investitionen in die Netzinfrastruktur möglich und sollten mit Vorrang verfolgt werden. Fundamentale Verbesserungen in der Schieneninfrastruktur sind umgekehrt nicht automatisch damit verbunden, dass die Qualität der Verkehrsverbindungen steigt. Notwendig ist in jedem Fall der Einsatz hochwertiger Wagenmaterials sowie die Einrichtung durchgehender und regelmäßiger Verbindungen. Der Einrichtung solcher Verbindungen stehen häufig administrative Hemmnisse entgegen, gerade in grenzüberschreitenden Verkehren. Ein Beispiel stellt die Strecke Berlin - Szczecin dar. Diese Strecke wird im Jahr 2005 zwar elf mal am Tag in beiden Richtungen befahren, aber es gibt jeweils nur zwei Direktverbindungen. Zudem dauert die Fahrt bei einer Entfernung von nur etwa 130 km bis zu 2,5 Stunden. Der Ausbauzustand der Strecke ist zwar stark verbesserungswürdig (teilweise eingleisig und nicht elektrifiziert), aber auch mit vergleichsweise geringem Aufwand wäre die Verbindungsqualität signifikant zu verbessern. Notwendig wäre der Einsatz von Zügen oder Triebwagen, die eine hohe Durchschnittsgeschwindigkeit bei dem heutigen Ausbauzustand ermöglichen, die den Reisenden zudem hohen Komfort ohne Umsteigen bieten, sowie häufig und regelmäßig verkehren.

Bei dem gegenwärtigen Verkehrsaufkommen ist ein solches Angebot möglicherweise zunächst nicht kostendeckend. Deshalb wäre es sinnvoll, die gewünschte Verkehrsbedienung hinsichtlich Qualität und Bedienungshäufigkeit zu definieren, diese auszuschreiben und die Rechte dieser Strecke an denjenigen Anbieter zu vergeben, der die gewünschte Leistung mit dem geringsten Subventionsbedarf erbringen kann. Die Ausschreibung wäre sinnvoller Weise grenzüberschreitend vorzunehmen (auf deutscher Seite beträfe dies die Länder Berlin und Brandenburg, auf polnischer Seite die Woiwodschaft Zachodniopomorskie), und über die Kosten dieser Subventionierung wäre zwischen deutscher und polnischer Seite Einvernehmen herzustellen. Eine Ausschreibung dieser Strecke würde

dem „Dritten Eisenbahnpaket“ der EU Rechnung tragen, das vorsieht, die nationalen Märkte für Personenverkehr auf der Schiene ab 2008 für ausländische Wettbewerber zu öffnen und zwar zunächst nur im grenzüberschreitenden Verkehr. Zu prüfen wäre auch, ob der Betreiber dieser Strecke einen Zuschuss zu den Investitionskosten in das rollende Material aus EU-Förderprogrammen erhalten könnte, was den Zuschussbedarf der aus-schreibenden Gebietskörperschaften vermindern würde. Solche grenzüberschreitenden Betriebsmodelle sollten nicht auf die Strecke Berlin - Szczecin beschränkt bleiben. Sie wären auch für die Strecken Berlin - Wrocław und Dresden - Wrocław in Erwägung zu ziehen.

Auch im Hinblick auf die Straßeninfrastruktur besteht großer Ausbaubedarf, insbesondere auf der polnischen Seite. Im Einzelnen handelt es sich um den Bau bzw. Ausbau:

- der Autobahn A 18 Olszyna - Wrocław (Verbindung zwischen Berlin und Wrocław),
- der Autobahn A 4 Jędrzychowice und Krzywa (Verbindung zwischen Dresden und Wrocław),
- der Autobahn A 2 Słubice - Poznań (Verbindung zwischen Berlin und Poznań).

Alle diese Verbindungen gehören zur Ost-West-Achse und haben höchste Bedeutung sowohl für den Transitverkehr als auch für die großräumige grenzüberschreitende Arbeitsteilung im deutsch-polnischen Grenzraum. Auf polnischer Seite ist zudem der Bau einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung wichtig, der durch den Bau einer Schnellstraße von Szczecin über Gorzów Wielkopolski und Zielona Góra zur A 4 Rechnung getragen werden sollte. Damit würde auch eine leistungsfähige Straßenverbindung zwischen Szczecin und Wrocław sowie Poznań hergestellt werden, was zur Vernetzung der großen Städte auf polnischer Seite beiträgt.

Auf deutscher Seite ist das Autobahnnetz vergleichsweise gut ausgebaut. Mit der Fertigstellung der Ostseeautobahn ist auch die Verbindung des nördlichen Grenzraums mit Szczecin und Hamburg über Rostock wesentlich verbessert worden. Auch der Tourismus in Berlin wird dadurch noch einmal zusätzliche Impulse erfahren. Mit Vorrang ist die Fertigstellung der Autobahn Dresden - Tschechische Grenze - Prag voranzutreiben.

Im Luftverkehr ist der Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld von großer Bedeutung für die Anbindung des Grenzraums an andere europäische und weltwirtschaftlich be-

deutsame Wirtschaftsräume. Bereits heute gibt es zahlreiche private Transportunternehmen, die Fluggäste aus Szczecin, Poznań, Wrocław und Zielona Góra nach Berlin befördern. Es sollte angestrebt werden, dass sich dieser Flughafen zu einem Drehkreuz mit zahlreichen Interkontinentalverbindungen entwickelt. Wenn die Zahl und die Qualität der Verbindungen mit der Fertigstellung ab 2011 ausgeweitet wird, werden die Standortbedingungen für international operierende Unternehmen entscheidend verbessert. Neben dem Bau und Ausbau des Großflughafens Berlin-Schönefeld ist allerdings auch anzustreben bzw. infrastrukturell sicherzustellen, dass die anderen großen Städte direkte Flugverbindungen zu den nationalen Wirtschaftszentren sowie zu anderen europäischen Metropolen anbieten können.

Mit Rostock und Szczecin/Świnoujście verfügt der Grenzraum über zwei Seehäfen, die gute Voraussetzungen für Feeder- sowie Fährverkehre über die Ostsee bieten. Infrastrukturmaßnahmen, die diese Funktion stützen, sind sinnvoll. Ein weiterer Ausbau der Oder und Neiße zur Binnenwasserstraße ist nicht ratsam, weil dies keine nennenswerten wirtschaftlichen Impulse auslösen könnte. Forderungen von Interessenverbänden in Polen, den Oderwasserweg zu einem neuen paneuropäischen Transportkorridor zu erklären, halten einer ökonomischen Betrachtung nicht stand. Die Oder hat heute eine Tiefe von 1,60 m - 2,50 m und führt nur etwa 25% der Wassermenge, die durch den Rhein fließt. Nur 80 km des Oderlaufs entsprechen heute den internationalen Standards (Klasse V) für die Binnenschifffahrt. Um diesen Zustand zu ändern, müssten aufwendige Investitionen durchgeführt werden, denen jedoch nur geringe ökonomische Erträge gegenüberstünden und die negative Auswirkungen auf die Naturlandschaften der Grenzregion zur Folge hätten. Das Augenmerk sollte vielmehr auf die naturräumliche und touristische Nutzung der Grenzflüsse gerichtet sein, wobei dem Hochwasserschutz besondere Bedeutung zukommt. Auch bei der Umsetzung des Programms der polnischen Regierung für die Oder 2006 (Program dla Odry – 2006)²² sollten deutliche Prioritäten zugunsten der Belange des Naturschutzes und der Hochwasservorsorge gesetzt werden.

Aber nicht nur den überregionalen Verkehrsverbindungen gebührt eine große Aufmerksamkeit. Wenn sich die großen Städte zu Metropolregionen entwickeln sollen, bedarf es leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehrssysteme. Nur so sind die jeweiligen Funktionen in Kernstädten und Umlandregionen (Wohnen, Arbeiten, Naherholung, Einkauf, kulturelles Angebot, Ausbildung) effizient nutzbar. Insbesondere auf polnischer Seite, also in Szczecin, Poznań und Wrocław sind erhebliche Investitionen in eine leistungsfä-

22 Vgl. *Zaleski et al.* (2000).

hige Nahverkehrsinfrastruktur erforderlich. Leistungsstarke öffentliche Nahverkehrssysteme sollten auch grenzübergreifend entwickelt werden, insbesondere in den Doppelstädten. Dies wäre mit vergleichsweise geringen Kosten verbunden, weil nicht zwingend in die Netzinfrasturktur investiert werden muss. Hierzu bietet sich an, Zweckverbände zu bilden, die gemeinsame Liniennetze mit einem einheitlichen Tarifsystern entwickeln und betreiben.

3.4.2 Bildung und Forschung grenzübergreifend entwickeln

Das Ziel der Bildungs- und Forschungspolitik sollte es sein, den deutsch-polnischen Grenzraum unter der Nutzung der Vorteile der räumlichen Lage an der Schnittstelle zwischen zwei europäischen Nachbarländern zu einem Bildungs- und Forschungsstandort auf hohem Niveau mit überregionaler Bedeutung zu entwickeln. Denn der Strukturwandel in Richtung wissensintensiver Wirtschaftsbereiche – der eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe der Menschen im Grenzraum an den Wachstumspotentialen der Zukunft und der Entstehung von Arbeitsplätzen ist – wird getragen von (hoch-) qualifizierten Arbeitskräften und erfolgreichen Forschungseinrichtungen. Der Aus- und Aufbau von Potentialen in diesem Bereich sowie die Entwicklung von deutsch-polnischen Forschungsverbänden verbessern die technologische Leistungsfähigkeit der Region und damit ihre Attraktivität als Standort für Unternehmen. Auch die Position der Institutionen im deutsch-polnischen Grenzraum im Wettbewerb um die Vergabe von Forschungsmitteln, bspw. durch die EU, würde hierdurch gestärkt. Denn in keiner anderen Region in der EU treffen Wissenschaftler aus den „neuen“ und „alten“ EU-Ländern mit solch einer Intensität aufeinander wie im deutsch-polnischen Grenzraum.

Das Potential für die Entwicklung von Forschungs- und Bildungsinitiativen im Grenzraum und das Entstehen einer neuen, grenzüberschreitenden Wissensregion ist erheblich. Der Grenzraum verfügt über zahlreiche Bildungs- und Forschungsstandorte von – auch bereits heute – herausragender überregionaler Bedeutung. Neben den bedeutendsten Forschungs- und Bildungsstandorten im Grenzraum - Berlin, Dresden, Poznań, Szczecin und Wrocław, die aufgrund ihrer Größe und der damit verbundenen Vielfalt in der Ausbildung überregionale Ausstrahlungskraft besitzen - gibt es an mehr als 25 weiteren Standorten Hochschulen und Forschungsinstitute. Um die Effizienz des Forschungs- und Bildungssystems zu erhöhen, Größenvorteile zu nutzen und Kosten zu sparen, wird zukünftig für die relativ kleinen Wissenschaftsstandorte eine Spezialisierung auf ausgewählte Wissenschaftszweige erforderlich sein. Die räumliche Konzentra-

tion der Ausbildung in Studiengängen, die vergleichsweise wenig Studenten attrahieren, aber unverzichtbarer Bestandteil einer Wissensregion sind, wird dazu beitragen, die notwendige Mindestauslastung in diesen Fächern zu erreichen und die Ausbildung in solchen Disziplinen im deutsch-polnischen Grenzraum fortzuführen. Diese dürfte besonders für in der jüngeren Vergangenheit zahlreichen neugegründeten Hochschulen in kleinen Städten im polnischen Teil des Grenzraums relevant werden. Die abgestimmte Spezialisierung der Hochschulen sollte Bestandteil einer grenzüberschreitend koordinierten Bildungs- und Forschungspolitik werden. Diese Koordination ist aufgrund der Tatsache, dass die Entwicklung der Forschungs- und Bildungslandschaft im deutsch-polnischen Grenzraum unter den Rahmenbedingungen des demographischen Wandels stattfindet, zumindest für Teilbereiche der Hochschullandschaft, unverzichtbar. Die unabwendbaren demographischen Veränderungen werden zu einem starken Rückgang der Auslastung im Bildungsbereich führen. Für die Bundesländer im Grenzraum wird prognostiziert, dass die Anzahl der Schüler, die die Hochschulreife erlangen, im Jahr 2020²³ rund ein Drittel niedriger sein wird als im Jahr 2003. Ähnliche Entwicklungstendenzen werden sich für die polnischen Regionen im Grenzraum einstellen.

Auch im Bereich der Forschung ist – wie im Bereich der Ausbildung – das Erreichen einer „kritischen Masse“, d.h. einer bestimmten minimalen Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal in einem bestimmten Fachgebiet, in einer Region erforderlich, um die Innovations- und technologische Leistungsfähigkeit auf diesem Fachgebiet zu erreichen. Hierzu sollte die grenzübergreifende Zusammenarbeit von Universitäten und Forschungsinstituten einen wesentlichen Beitrag leisten. Polnische und deutsche Forschungsinstitute und Hochschulen können von der räumlichen Nähe zueinander profitieren und gemeinsam die Basis für technologiebasierte räumliche Entwicklungskluster darstellen. Die räumliche Nähe zwischen Forschungsinstituten im Grenzraum erleichtert den „Face-to-Face“-Kontakt und den Austausch von Informationen – insbesondere von Tacit-Knowledge – zwischen Wissenschaftlern, die wesentlich für die Etablierung von Forschungsnetzwerken sind. Es ist von Vorteil für die Entwicklung von grenzüberschreitender Hochschul- und Forschungspolitik, dass es im deutsch-polnischen Grenzraum bereits Erfolgsgeschichten grenzüberschreitender Bildung und Forschung gibt. Die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und das Collegium Polonicum in Ślubice haben einen gemeinsamen grenzüberschreitenden Campus, der die Doppelstädte Frankfurt/Oder und Ślubice verbindet. Die Erfahrungen, die im Rahmen dieser grenzüberschreitenden Wissenschaftsvernetzung gemacht worden sind, sollten zu einer er-

23 Vgl. Kultusministerkonferenz (2005).

folgreichen Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen in diesem Bereich auch an anderen Orten genutzt werden. Deshalb sollten Akteure, die bereits erfolgreich grenzüberschreitende Forschung und Bildung im deutsch-polnischen Grenzraum etabliert haben, Teil eines Beratungsgremiums werden, das Initiativen zur Koordinierung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik für den Grenzraum unterstützt.

Neben der Sicherung einer hochwertigen Ausbildung und Forschung, hat die Forschungs- und Bildungspolitik die Aufgabe, zu einem Abbau der Hemmnisse für das grenzüberschreitende Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte und zur Umsetzung der mit diesem Prozess verbundenen Entwicklungspotentiale im deutsch-polnischen Grenzraum beizutragen. Denn auch nach der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Deutschland und Polen werden zahlreiche Barrieren für die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität im Grenzraum weiterbestehen. Diese resultieren u.a. aus Sprachunterschieden, Inkompatibilitäten der Bildungssysteme, Einschränkungen bei der Anerkennung von im Nachbarland erzielten Berufs- und Qualifikationsabschlüssen sowie aus kulturellen und mentalen Barrieren. Neben Forschungs- und Bildungsschwerpunkten im Bereich von Schlüsseltechnologien liegen deshalb die spezifischen Aufgaben von Bildungs- und Forschungsinstitutionen im Grenzraum in der Förderung der Mehrsprachigkeit sowie der Entwicklung multikultureller Kompetenzen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Ausbau deutsch-polnischer Studiengänge. Beispiele hierfür sind die Hochschulstandorte Szczecin, Wrocław, Zielona Góra, Cottbus und Zittau, wo bereits deutsch-polnische Studiengänge eingerichtet worden sind.

Mittelfristig fällt die Entwicklung der Bildung und Forschung im Grenzraum unter die Leitlinie „Förderung von Wissen und Innovation für Wachstum“ der Kohäsionspolitik der EU für den Zeitraum 2007-2013. Wissen und Innovation stehen im Mittelpunkt der Maßnahmen, die die EU unternimmt, um schnelles Wachstum und mehr Beschäftigung zu fördern. Dabei sollen öffentliche Behörden beiderseits der Grenze dafür Sorge tragen, dass Forschungsinstitute, Privatunternehmen und öffentliche Einrichtungen das Potential für Synergien zwischen ihnen voll ausschöpfen.²⁴

²⁴ Vgl. Europäische Kommission (2005).

3.4.3 Kultur- und Naturvielfalt erlebbar machen

Im Hinblick auf die Ausschöpfung touristischer Potentiale sollte sich die Politik zum Ziel setzen, das Entstehen eines grenzüberschreitenden Tourismus- und Kulturrums zu unterstützen. Hierzu gilt es, die vielfältigen, bereits existierenden Initiativen beiderseits der Grenze zu fördern, zu koordinieren und auszubauen. Je fester das Netz interregionaler, insbesondere auch grenzüberschreitender Tourismus- und Kulturaktivitäten geknüpft ist und im Alltag spürbar wird, desto höher ist die Lebensqualität des Grenzraums für seine Einwohner und seine Attraktivität als touristisches Ziel. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Tourismus und Kultur kann darüber hinaus auch durch den Abbau mentaler Barrieren und der Förderung der grenzüberschreitenden kulturellen Verständigung ganz entscheidend zur Verbesserung der Qualität weicher Standortfaktoren und damit des Standortimage des Grenzraums beitragen.

Aus Sicht des Tourismus – insbesondere auch des „sanften“ Tourismus - sind drei naturräumliche Gebiete, die insgesamt eine Fläche von rund 50% des deutsch-polnischen Grenzraums ausmachen, relevant: die Küstenregionen mit ihren langen Strand- und Dünenlandschaften sowie den vorgelagerten Inseln im Norden, die Gebirgsregionen mit ihren vielfältigen landschaftlichen Attraktivitäten im Süden sowie die Seen- und Waldlandschaften, die sich von der Mitte bis zum Norden des Grenzraums erstrecken. Der Oder-Neiße-Radweg vom Zittauer Gebirge bis zur Ostsee durchquert auf einer Länge von 450 km alle drei Landschaften, die von grünen Flussauen, Naturparks und zahlreichen historischen Sehenswürdigkeiten geprägt sind. Im Grenzraum befinden sich zudem viele Schlösser, Burgen und Herrenhäuser, die nicht nur als wichtige historische Objekte, sondern auch als interessante Konferenzzentren bzw. stillvolle Restaurants starke Anziehungskraft haben. Hohe Potentiale im Städtetourismus weisen insbesondere die Metropole Berlin sowie die Großstädte Dresden, Poznań, Szczecin und Wrocław mit ihren zahlreichen Kulturdenkmälern und kulturellen Veranstaltungen auf. Kultur und Tourismus sind heute sehr eng miteinander verflochten, und die Kulturtouristik stellt einen expandierenden Wirtschaftszweig dar. Der deutsch-polnische Grenzraum hat ein erhebliches Potential für Kulturtouristik, mit der Besonderheit, dass in dieser Region auf engem Raum touristische Attraktionen in unterschiedlichen kulturellen Kontexten erlebt werden können.

Um die vorhandenen Tourismuspotentiale im Zusammenhang mit der Besonderheit der geographischen Lage dieser Region an der Schnittstelle zwischen zwei Kulturräumen zu nutzen und auszubauen, bedarf es von den betroffenen Gebietskörperschaften gemein-

sam ausgearbeiteter und langfristig angelegter Konzepte. Solche Konzepte sollten zur Stärkung des Zusammenhalts und Identitätsstiftung im Grenzraum beitragen und konkrete grenzüberschreitende Projekte zur Entwicklung des Tourismus beinhalten. Zu ihrer Umsetzung ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig. Eine Maßnahme wäre die Einrichtung interregionaler Tourismus- und Kulturförderagenturen. Die Aufgabe solcher Agenturen wäre die Erstellung von Ranglisten von Beherbergungsstätten im Hinblick auf die Einhaltung guter Servicestandards, Entwicklung und Koordinierung von attraktiven Besucherprogrammen für die Grenzregion (Kulturtage, Wander- und Radwanderpässe mit Preisverlosung, historische Touren usw.) sowie Förderung der Mehrsprachigkeit (deutsch-polnisch-englisch). Heute leidet die Tourismuswirtschaft in der Grenzregion nicht nur an fehlenden, den internationalen Ansprüchen nicht entsprechenden Hotelkapazitäten, insbesondere im polnischen Grenzteil, sondern auch an fehlender Kooperation und Information sowie sprachlicher Kompetenz der Erwerbstätigen. Deutsch und Polnisch sollten künftig die Sprachen auf beiden Seiten der Grenzregion sein. Mit Blick auf die Attrahierung ausländischer Touristen in die Region sollte das Informationsmaterial (Prospekte, Flyer, Erläuterungen in Museen und an Denkmälern) auch in Englisch verfügbar sein.

Im Zusammenhang mit der Kooperation im Tourismus sollte auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltbereich ausgebaut werden, denn Umwelt und Tourismus stehen in einer engen Beziehung zueinander. Besondere Beachtung gilt dabei den industriell verursachten Luft- und Wasserverunreinigungen, die der Entfaltung des Tourismus entgegenwirken. Wie erfolgreich ein gemeinsames Vorgehen sein kann, zeigt das Beispiel des Dreiländerecks, zwischen Deutschland, Polen und Tschechien, das noch vor zehn Jahren durch überdurchschnittlich starke SO₂-Emissionen aus Kraftwerken beeinträchtigt war und seit dem Jahr 2004, nach abgeschlossener Modernisierung der Kraftwerke, die EU-Normen erfüllt. Zu erwähnen ist auch ein einheitliches Luftmessnetz im Dreiländereck, auf das man sich geeinigt hat. Darüber hinaus sind auch andere erfolgreiche Beispiele der deutsch-polnischen Umweltkooperation zu nennen, wie die Abwasserkläranlagen im Grenzort Gubin/Guben und in Świnoujście. Derartige Projekte und Initiativen, die Sauberkeit von Luft und Wasser zum Ziel haben, sollten verstärkt fortgeführt werden. Hierfür können EU-Fördergelder aus den Strukturfonds beantragt werden. Darüber hinaus sollten die Strukturfonds zur Verbesserung touristischer Infrastruktur schlechthin, insbesondere im polnischen Teil der Grenzregion, genutzt werden. Um die Naturpotentiale der Region grenzüberschreitend auszuweiten, wäre zu prüfen, ob landwirtschaftlich nicht mehr genutzte Flächen bzw. ehemalige militä-

rische Sperrgebiete in Biosphärenreservate oder Naturparks umgewandelt werden können. Vereinzelt Beispiele dafür gibt es bereits, wie die Schaffung von Fledermausquartieren durch Nutzung alter Militäranlagen auf beiden Seiten der Grenze.

3.5 Abschließende Bemerkungen

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu dienen, im deutsch-polnischen Grenzraum Strukturen entstehen zu lassen, die seinen besonderen Entwicklungschancen und Anpassungserfordernissen vor dem Hintergrund der EU-Integration Rechnung tragen. Vor dem Hintergrund zunehmenden Standortwettbewerbs um mobile Ressourcen, der Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft und der absehbaren demographischen Entwicklung scheint eine räumliche und sachliche Schwerpunktsetzung, wie sie vorgeschlagen wurde, unausweichlich.

In räumlicher Hinsicht wird empfohlen, schwerpunktmäßig eine Entwicklung der großen Städte zu Metropolregionen zu begünstigen. In sachlicher Hinsicht sollten Maßnahmen auf die Bereiche Verkehr, Ausbildung und Forschung sowie Tourismus und Naturschutz konzentriert werden. Dem deutsch-polnischen Grenzraum stehen gegenwärtig und aller Voraussicht nach auch in der Zukunft vielfältige Fördermöglichkeiten aus den EU-Strukturfonds, dem polnischen Teil des Grenzraums auch aus dem Kohäsionsfonds, zur Verfügung. Die Fonds sollten genutzt werden, um Projekte und Aktivitäten in den genannten Bereichen zu fördern. Eine entsprechende Schwerpunktsetzung empfiehlt sich auch hier. Keinesfalls sollten Projekte nur unter dem Gesichtspunkt beantragt werden, dass ohne solche Projekte Fördergelder der EU verloren gingen. Weil die polnische bzw. deutsche Seite die Maßnahmen kofinanzieren muss, belasten solche Förderentscheidungen die nationalen oder regionalen Haushalte, ohne dass ihnen eine zukunftssträchtige Investitionsentscheidung gegenübersteht.

Die Raumordnungspolitik muss einen schwerpunktsetzenden Orientierungsrahmen vorgeben. Dies ist wichtig für große raumwirksame, insbesondere grenzüberschreitende, Infrastrukturvorhaben, für deren Realisierung die nationalen Regierungen in Polen und Deutschland zuständig sind. Der Orientierungsrahmen ist aber ebenso wichtig für die regionalen und lokalen Entscheidungsträger auf beiden Seiten der Grenze. Denn die Entwicklung des Grenzraums hängt von vielen dezentral getroffenen Entscheidungen in Regierungen sowie Verwaltungen und anderen Institutionen, z.B. Universitäten, unterhalb der nationalen Ebene ab.

LITERATURVERZEICHNIS²⁵

Abraham, T.; Eser, T.W. (1999):

Regionalentwicklung in Mittel- und Osteuropa im Spannungsfeld von Transformation und Integration am Beispiel Polens, in: Raumforschung und Raumordnung, 2/3, S. 83-95.

Alecke, B.; Untiedt, G. (2001):

Migration aus den Beitrittsländern Polen und Tschechien in die Europäische Union. Potential und regionale Verteilung, in: Riedel, J.; Untiedt, G. (Hrsg.), EU-Osterweiterung und deutsche Grenzregionen, ifo dresden studien, 28/II, Dresden, S. 317-384.

Alvarez-Plata, P.; Brücker, H.; Silverstovs, B. (2003):

Potential Migration from Central and Eastern Europe into the EU-15 - An Update, Report for the European Commission, DG Employment and Social Affairs, DIW Berlin.

Badinger, H.; Tondl, G. (2002):

Trade, Human Capital and Innovation: The Engines of European Regional Growth in the 1990s, IEF-Working Paper, 42, Forschungsinstitut für Europafragen.

Balcerowicz, L. (1995):

Socialism, capitalism, transformation, Central European Univ. Press, Budapest.

Boeri, T.; Brücker, H. (2000):

The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States, Final Report, EU-Commission, Berlin/Milano.

Brenke, K. (2002):

Standortbedingungen in Ostdeutschland verbessert, DIW Wochenbericht, 3, Berlin.

Breuss, F. (1999):

Reifegrad der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsbewerber, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.

Bruder, J. (2003):

East-West Migration in Europe, 2003–2015, Working Paper, 40, Wirtschafts- und Sozial-wissenschaftliche Fakultät, Universität Rostock.

Brücker, H.; Trübswetter, P.; Weise, Ch. (2000):

EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten, DIW Wochenbericht, 21, Berlin.

25 Bezieht sich auf die Gesamtstudie, deren Ergebnisse in zwei Teilen in den HWWA-Reports Nr. 262 „Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020 - Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen“ sowie Nr. 263 „Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum“ veröffentlicht wurden.

Bucher, H.; Kocks, M. (1999):

Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015, in: Informationen zur Raumentwicklung, 11/12, S. 755-772.

Bucher, H.; Schlömer, C.; Lackmann, G. (2004):

Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020, Informationen zur Raumentwicklung, 3/4.

Büttner, T. (2004):

Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels, Forschungs- und Sitzungsberichte, Hannover.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2003 a):

Szenarien zur Raumentwicklung, Raum- und Siedlungsstrukturen Deutschlands 2015/2040, Bonn.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2003 b):

Raumordnungsprognose 1999–2020, Bevölkerung, Bonn.

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1995):

Raumordnerische Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze, Bonn.

Centrum Informatyki Handlu Zagranicznego (2002):

Handel zagraniczny według województw, Warszawa.

Dascher, K. (2003):

The Cross-Border Region Frankfurt (Oder) – Słubice: An Economic Perspective, mimeo.

Deckers, B. (2004):

Die raumstrukturelle Wirkung von Transformation und EU-Osterweiterung. Zur Rolle der ortsansässigen Bevölkerung bei der Regionalentwicklung im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum, Greifswalder Geographische Arbeiten, 32, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald, S. 40 ff.

Deutsche Bundesbank (2005 a):

Außenwirtschaft, Zahlungsbilanz, Kapitalverkehr mit dem Ausland, Frankfurt/Main (www.bundesbank.de).

Deutsche Bundesbank (2005 b):

Zahlungsbilanzstatistik nach Bundesländern, Frankfurt/Main.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2002):

Standorte in Deutschland. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung durch die Industrie- und Handelskammern, Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2000):

EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten, DIW Wochenbericht, 21.

Dreyhaupt-von Speicher, P. (2002):

Die Regionen Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik vor dem EU-Beitritt, Frankfurt am Main.

Eitenmüller, S.; Haker, K.; Jens, S.; Knittel, T.; Limbers, J.; Schlesinger, M. (2002):

Prognos, Deutschland Report 2002 bis 2020, Basel.

Engel, D. (1999):

Der Einfluß der Grenznähe auf die Standortwahl von Unternehmen: Eine theoretische Analyse und empirische Befunde für Ostdeutschland, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Discussion Paper, 18.

Europäische Kommission (2005):

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung, Strategische Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013, Mitteilung der Kommission, 299, Brüssel.

Europäische Kommission (2004):

Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Brüssel.

Europäische Kommission (2003):

Amtsblatt der EU, Akte betreffend den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union, 46. Jg., L 236 vom 23.09.

Europäische Kommission (1999):

EUREK (www.europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/sum_de.pdf).

Feenstra, R.C.; Markusen, J.A.; Rose, A.K. (2001):

Understanding the Home Market Effect and the Gravity Equation: The Role of Differentiated Goods, CEPR Discussion Paper, 2035, London.

Fertig, M. (2001):

The Economic Impact of EU-Enlargement: Assessing the Migration Potential, Empirical Economics, 26, S. 707-720.

Ferragina, A.-M.; Pastore, F. (2005):

Mind the Gap: Unemployment in the New EU Regions, IZA Discussion Paper, 1565, Bonn.

Flaig, G. (2001):

Die Abschätzung der Migrationspotentiale der osteuropäischen EU-Beitrittsländer, in: Wilkens, H. (Hrsg.), Migration in Europa, Berlin, Duncker&Humblot, S. 55-76.

Gawlikowska-Hueckel, K. (2003):

Profil wrażliwości gospodarki regionalnej na integrację z Unią Europejską. Województwo Lubuskie (Das Profil der regionalen Wirtschaft für die Integration mit der Europäischen Union, Woiwodschaft Lubuskie), Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową w Gdańsku (IBnGR) - The Gdansk Institute for Market Economics, Gdańsk.

Główny Urząd Statystyczny (GUS) (Polnisches Statistisches Hauptamt) (2004 a):

Działalność spółek z udziałem kapitału zagranicznego w roku 2003, Warszawa.

Główny Urząd Statystyczny (GUS) (Polnisches Statistisches Hauptamt) (2004 b):

Rocznik demograficzny, Warszawa.

Główny Urząd Statystyczny (GUS) (Polnisches Statistisches Hauptamt) (2003 a):

Migracje zagraniczne ludności 2002, Warszawa.

Główny Urząd Statystyczny (GUS) (Polnisches Statistisches Hauptamt) (2003 b):

Produkt krajowy według województw i podregionów w 2001, Katowice.

Guz-Vetter, M. (2002):

Chancen und Gefahren der EU-Osterweiterung für das deutsch-polnische Grenzgebiet, Studie des Instytut Spraw Publicznych, Warszawa.

Haase, A.; Wust, A.; Knappe, E.; Grimm F.D. (2004):

Wandel in ostmittel-europäischen Grenzregionen, Institut für Länderkunde Leipzig, S. 79 ff.

Heimpold, G. (2003):

Zur Ausstattung der deutschen Regionen entlang der Grenze nach Polen mit wichtigen Wachstumsfaktoren, Wirtschaft im Wandel, 7, S. 215-223.

Hildebrandt, A. (2003):

Profil wrażliwości gospodarki regionalnej na integrację z Unią Europejską. Województwo Dolnośląskie (Das Profil der regionalen Wirtschaft für die Integration mit der Europäische Union. Woiwodschaft Dolnośląskie), Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową w Gdańsku (IBnGR) - The Gdansk Institute for Market Economics, Gdańsk.

Hönekopp, E. (1999):

Central and Eastern Europeans in the Member Countries of the European Union since 1990: Development and Structure of Migration, Population and Employment, mimeo.

Hönekopp, E. (2001):

Labour Migration to Germany from Central and Eastern Europe – Old and New Trends, in: Hönekopp, E.; Golinowska, S.; Horálek, M. (Hrsg.), Economic and Labour Market Development and International Migration – Czech Republic, Poland, Germany. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 244, Nürnberg, S. 53-82.

Hönekopp, E. (2002):

EU-Osterweiterung – welche Arbeitsmigration und wie viele Grenzpendler?, in: Neuss, B.; Jurczek, P.; Hilz, W. (Hrsg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, EZFF Occasional Papers, 26, Tübingen, S. 24-37 (<http://www.uni-tuebingen.de/ezff/ocp26.html>).

Kaminski, F. (2004):

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet angesichts der EU-Osterweiterung, in: Małachowski, W. (Hrsg.), Polen-Deutschland und die Erweiterung der Europäischen Union, Szkoła Główna Handlowa w Warszawie, Kolegium Gospodarki Światowej, Zakład Badań nad Gospodarką Nieremiecką, Warszawa, Bd. 2, S. 257-307.

Knippschild, R.; Deppisch, S.; Müller, B.; Roch, I. (2002):

Zur Aktualisierung der Raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze. Deutsch-polnisches Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin und des Amtes für Wohnungswesen und Stadtentwicklung, Warszawa, Berlin: BMVBW, 42 S., 7 Faltkarten.

Knogler, M.; Vincentz, V. (2005):

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Arbeitsmärkte der neuen Mitgliedstaaten und der EU-15, insbesondere Deutschland, Osteuropa-Institut, München, Working Paper, 257 (Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen).

Krätke, S. (2001):

Regionale Wirkungen der EU-Osterweiterung, in: Informationen zur Raumentwicklung, 11/12, S. 769-778.

Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2005):

Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2003 bis 2020, Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, 173, Januar.

Kurkowiak, B.; Peschutter, G.; Stiller, S. (2004):

Standortbedingungen in der deutsch-polnischen Grenzregion, in: Peschutter, G.; Reimers, H.-E.; Schleicher, M. (Hrsg.), Osterweiterung der EU, S. 53-85.

- Lammers, K.; Niebuhr, A.; Polkowski, A.; Stiller, S. et al. (2006 a):*
Der deutsch-polnische Grenzraum im Jahre 2020 – Entwicklungsszenario und Handlungsempfehlungen, HWWA-Report Nr. 262, Hamburg.
- Lammers, K.; Niebuhr, A.; Polkowski, A.; Stiller, S. et al. (2006 b):*
Deutsch-polnischer Grenzraum, Analysen und Entwicklungstrends, HWWA-Report Nr. 263, Hamburg.
- Lammers, K. (2002):*
Die Osterweiterung aus raumwirtschaftlicher Perspektive – Prognosen regional-ökonomischer Theorien und Erfahrungen aus der bisherigen Integration in Europa, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, 53, S. 9-38.
- Lösch, D. (1993):*
Der Weg zur Marktwirtschaft, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Ministerstwo Gospodarki i Pracy (2005 a):*
Projekcja rynku pracy na lata 2004-2020, in: Wstępny projekt Narodowego Planu Rozwoju Gospodarczego 2007-2013, Warszawa, S. 87 (www.npr.gov.pl) .
- Ministerstwo Gospodarki i Pracy (2005 b):*
Projekt Narodowej Strategii Rozwoju Regionalnego na lata 2007-2013, Warszawa (www.npr.gov.pl) .
- Ministerstwo Gospodarki i Pracy (2004):*
Raport o stanie gospodarki, Warszawa, S. 243-252
- Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej (2000):*
Narodowa Strategia Wzrostu Zatrudnienia i Rozwoju Zasobów Ludzkich w latach 2000-2006, Warszawa.
- Müller, B.; Leibenath, M.; Pallagst, K.M.; Knippschild, R.; Kopietz-Unger, J.; Hess, J. (2002):*
Konzept zur Nutzung der Entwicklungsimpulse der Paneuropäischen Verkehrskorridore in den Beitrittsstaaten und den zukünftigen Nachbarstaaten der EU - das Beispiel des deutsch-polnischen Grenzraums. Band 1: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen, Karten, Band 2: Arbeitsdokumente. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Dresden: IÖR, 70 S., Karten, Anl. In Koop. m. PD Dr.-Ing. J. Kopietz-Unger, Köln/Poznań.
- Narodowy Bank Polski (NBP) (Polnische Nationalbank) (2004):*
Międzynarodowa pozycja inwestycyjna Polski w 2003 roku, Warszawa.
- Narodowy Bank Polski (NBP) (Polnische Nationalbank) (2005):*
Bilans płatniczy, Warszawa.

- Niebuhr, A. (2003):*
 Spatial Interaction and Regional Unemployment in Europe, in: European Journal of Spatial development, Oktober, S. 1-26 (<http://www.nordregio.se/EJSD/refereed5.pdf>) .
- Niebuhr, A.; Stiller, S. (2004):*
 Integration Effects in Border Regions - A Survey of Economic Theory and Empirical Studies, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 24, H. 1. S. 3-21.
- Piazolo, D. (2001):*
 The Integration Process between Eastern and Western Europe, Berlin.
- Pintarits, S.; Riedel, J. (2001):*
 Sozioökonomische Entwicklung in den EU-Beitrittsländern Polen und Tschechien sowie deren Grenzregionen: Der Transformationsprozess und seine Perspektiven, in: Riedel, J.; Untiedt, G. (Hrsg.), EU-Osterweiterung und deutsche Grenzregionen, ifo dresden studien, 28/II, Dresden, S. 21-84.
- Polkowski, A. (2004).*
 Protokoll des Workshops am 6. Februar 2004 in Szczecin, mimeo.
- Polkowski, A. (1991):*
 Polen, in: Bolz, K. (Hrsg.), Ordnungspolitische Standortbedingungen für Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa, Verlag Weltarchiv, Hamburg, S. 11 ff.
- Prachowska, A. (2004):*
 Lista największych inwestorów zagranicznych w Polsce, Polska Agencja Informacji i Inwestycji Zagranicznych (PAIiIZ) (Polnische Agentur für Information und Auslandsinvestitionen), Warszawa.
- Ratti, R. (1993):*
 How can Existing Barriers and Border Effects be Overcome?, in: Cappellin, R.; Batey, P.J.W. (Hrsg.), Regional Networks, Border Regions and European Integration, S. 60-69.
- Republic of Poland (2003):*
 Pre-Accession Economic Programme, Warszawa.
- Riedel, J.; Untiedt, G. (2001):*
 EU-Osterweiterung und deutsche Grenzregionen, ifo dresden studien, 28/II, Dresden.
- Sander, B.; Schmidt, K.-D. (1998):*
 Wirtschaftliche Perspektiven von Grenzregionen - Ein internationaler Vergleich, in: Die Weltwirtschaft, 4, S. 443-461.

Schnur, P.; Zika, G. (2005):

Nur zögerliche Besserung am deutschen Arbeitsmarkt, IAB Kurzbericht, 12 vom 27.7.

Schürmann, C.; Talaat, A. (2000):

Towards a European Peripherality Index: Final Report, Berichte aus dem Institut für Raumplanung, 53, Dortmund.

Schulz, H., (2003):

Schwierige Nachbarschaft an der Oder und Neiße, in: Breysach, B.; Paszek, A.; Tölle, A. (Hrsg.), Grenze-Granica, Logos Verlag, S. 36-48.

Selke, W. (2004):

Deutsch-Polnisches Haus: Auf dem Wege zu einer grenzüberschreitenden Wirtschaftsregion in Mitteleuropa?, in: Stoll, M. (Hrsg.), Strukturwandel in Ostdeutschland und Westpolen, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Arbeitsmaterial, 311, Hannover, S. 1-17.

Stiller, S.; Wyszynski, R. (2006):

Arbeitskräftemobilität in der erweiterten EU – Migrationsmotive und –potentiale, in: Kropp, S.; Gomèz, R. (Hrsg.), Sozialraum Europa, Sozialpolitik in der erweiterten Europäischen Union, Gesellschaft für Programmforschung, Werkstattbericht, Band 7, Waxmann.

Statistisches Bundesamt (2004):

Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2003):

Wanderungsstatistik.

Straubhaar, T.; Wolburg, M.R. (1999):

Brain Drain and Brain Gain in Europe. An Evaluation of the East-European Migration to Germany, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 218, S. 574-604.

Susmarski, P. (2003):

Profil wrażliwości gospodarki regionalnej na integrację z Unią Europejską. Województwo Zachodniopomorskie (Das Profil der regionalen Wirtschaft für die Integration mit der Europäischen Union, Woiwodschaft Zachodniopomorskie), Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową w Gdańsku (IBnGR) - The Gdansk Institute for Market Economics, Gdańsk.

Szomburg, J. (1998):

Die wirtschaftliche Transformation in Polen, in: Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 218-227.

Tarkowski, M. (2003):

Profil wrażliwości gospodarki regionalnej na integrację z Unią Europejską. Województwo Wielkopolskie (Das Profil der regionalen Wirtschaft für die Integration mit der Europäischen Union, Woiwodschaft Wielkopolskie), Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową w Gdańsku (IBnGR) - The Gdansk Institute for Market Economics, Gdańsk.

Tassinopoulos A.; Werner, H. (1999):

To Move or Not to move – Migration of Labour in the European Union, IAB Labour Market Research, Topics 35, Nürnberg.

Tondl, G. (2003):

What makes regions in Eastern Europe catching up? The role of foreign investment, human resources and geography, IEF Working Paper, 51, Wirtschaftsuniversität Wien.

Tondl, G. (2001):

Convergence after Divergence? Regional Growth in Europe, Wien/New York, Springer.

United Nations (2004):

World Investment Report, New York und Geneva.

Vincentz, V.; Knogler, M. (2003):

Szenarien der mittelfristigen Konvergenz der EU-Beitrittsländer Polen, Slowakische Republik und Ungarn, Osteuropa-Institut München, Working Paper, 244 (Kurzfassung eines Gutachtens im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen).

Vincentz, V.; Quaisser, W.; Brandmeier, M.; Peppegather, A. (1998):

Wachstumsfaktoren in Transformationsländern, Working Paper, 211, München.

Vogler-Ludwig, K. (2001):

Wanderungspotentiale der Osterweiterung. Eine ökonometrische Schätzung, Economix Discussion Paper, München.

Wołodkiewicz-Donimirski, Z. (2005):

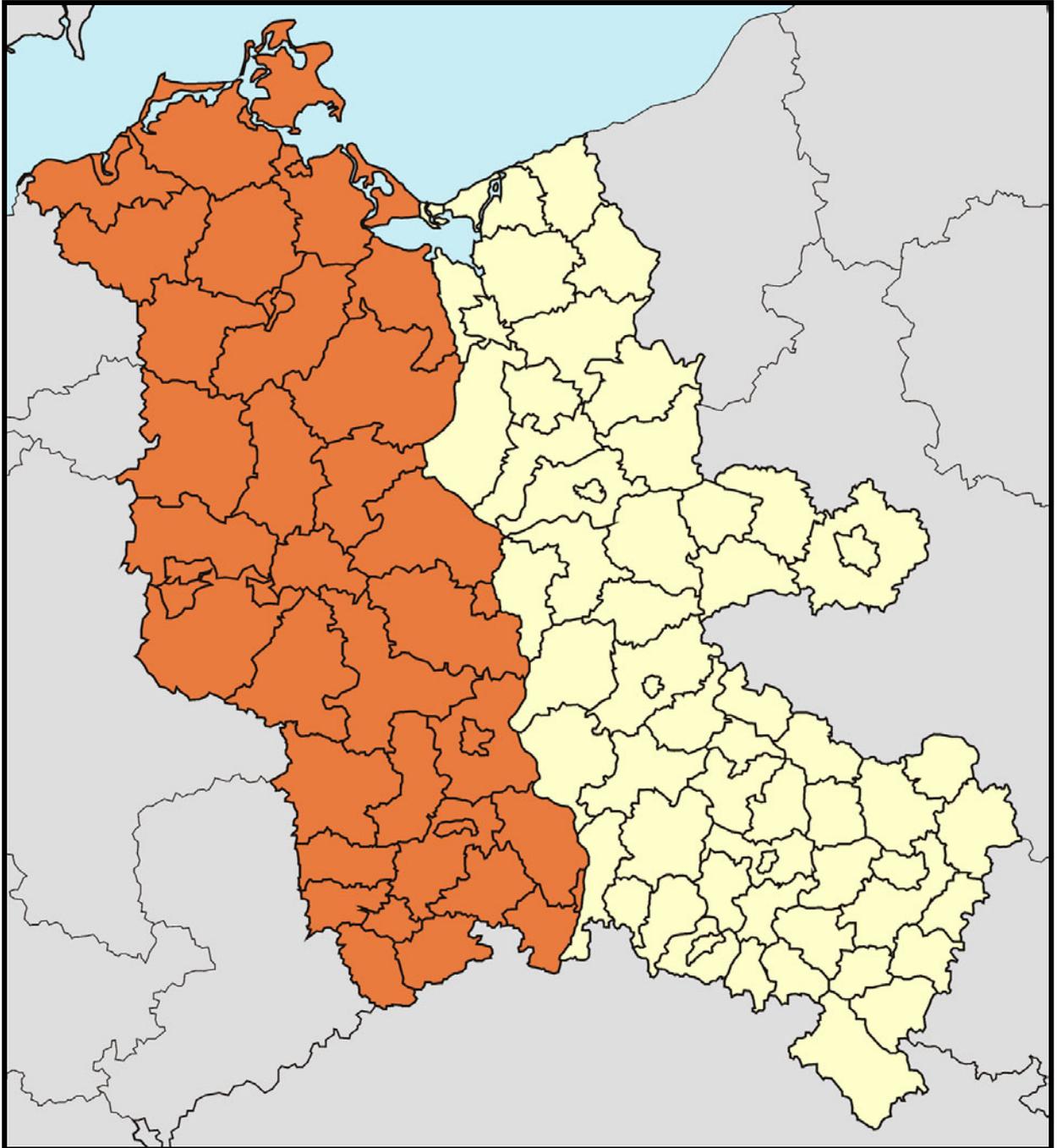
Bezpośrednie inwestycje zagraniczne w Polsce na tle tendencji światowych w latach 2003-2004, Kancelaria Sejmu, Biuro Studiów i Ekspertyz, Warszawa, S. 3 ff.

Zaleski, J.; Winter, J. (2000):

Program dla Odry 2006. Strategia modernizacji odrzańskiego systemu wodnego, PWN, Warszawa.

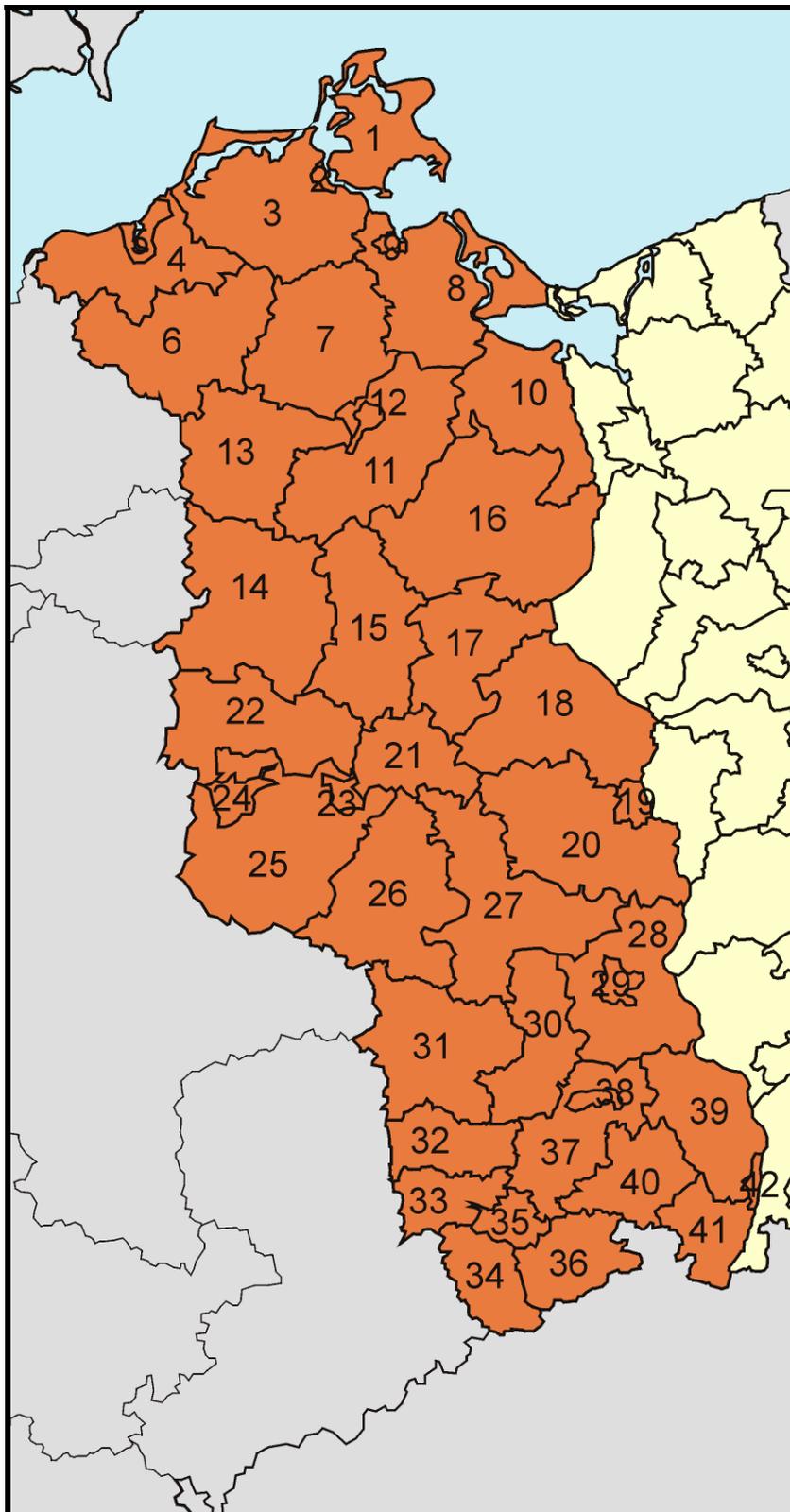
ANHANG

Abbildung A.1: Der erweiterte deutsch-polnische Grenzraum



Quelle: Eigene Darstellung.

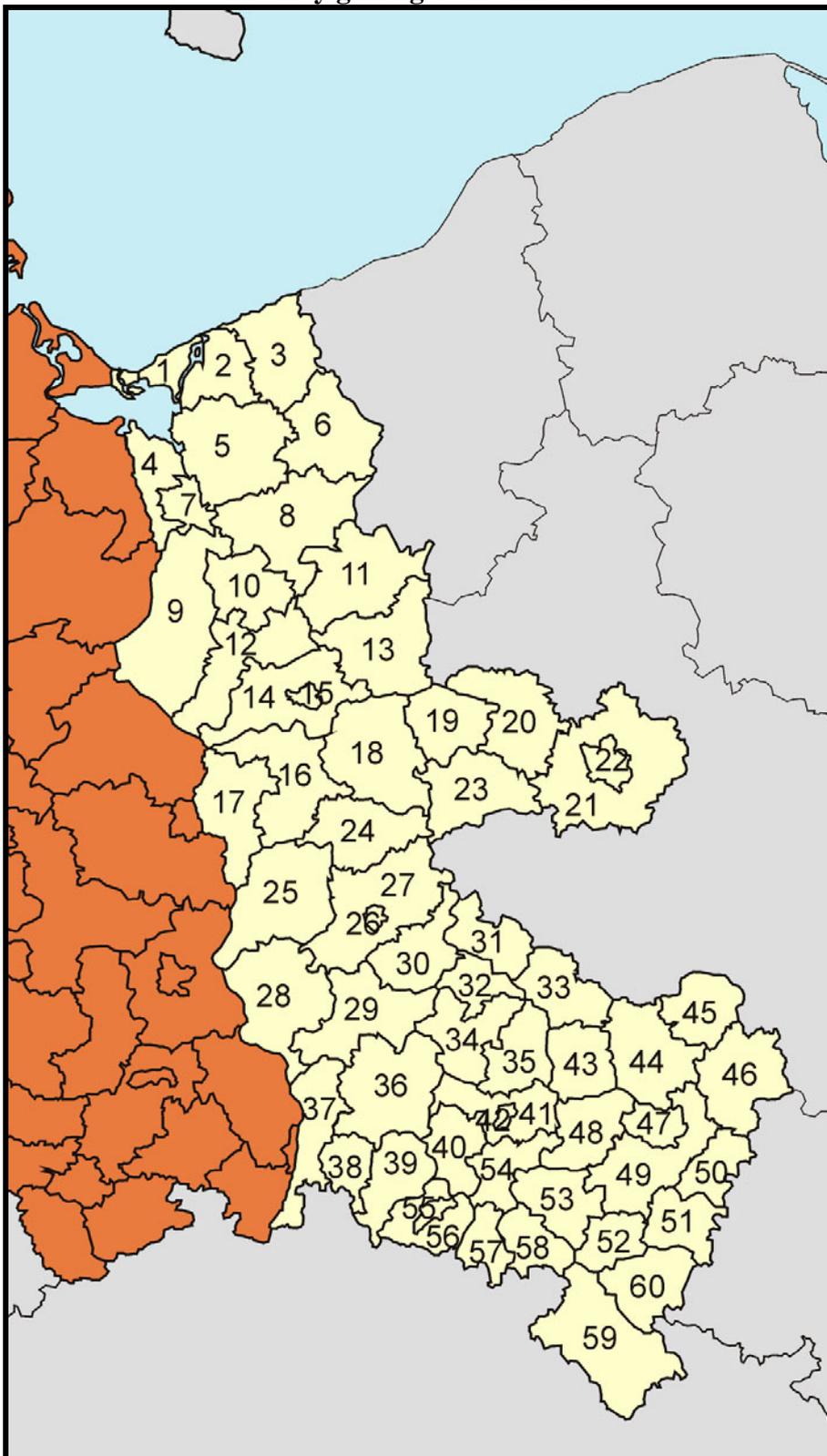
Abbildung A.2: Deutscher Teil des Untersuchungsraums, Kreise und kreisfreie Städte



1. Rügen
2. Stralsund
3. Nordvorpommern
4. Bad Doberan
5. Rostock
6. Güstrow
7. Demmin
8. Ostvorpommern
9. Greifswald
10. Uecker-Randow
11. Mecklenburg-Strelitz
12. Neubrandenburg
13. Müritz
14. Ostprignitz-Ruppin
15. Oberhavel
16. Uckermark
17. Barnim
18. Märkisch-Oderland
19. Frankfurt/Oder
20. Oder-Spree
21. Berlin
22. Havelland
23. Potsdam
24. Brandenburg a. Havel
25. Potsdam-Mittelmark
26. Teltow-Fläming
27. Dahme-Spreewald
28. Spree-Neiße
29. Cottbus
30. Oberspreewald-Lausitz
31. Elbe-Elster
32. Riesa-Großenhain
33. Meißen
34. Weißeritzkreis
35. Dresden
36. Sächsische Schweiz
37. Kamenz
38. Hoyerswerda
39. Niederschles. Oberlausitz-kreis
40. Bautzen
41. Löbau-Zittau
42. Görlitz

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A.3: Polnischer Teil des Untersuchungsraums, Powiaty und die den Powiaty gleichgestellten Städte



1. m. Świnoujście
2. kamieński
3. gryficki
4. policki
5. goleniowski
6. łobeski
7. m. Szczecin
8. stargardzki
9. gryfiński
10. pyrzycki
11. choszczeński
12. myśliborski
13. strzelecko-drezdenecki
14. gorzowski
15. m. Gorzów Wlk.
16. sulęciński
17. słubicki
18. międzyrzecki
19. międzychodzki
20. szamotulski
21. poznański
22. m. Poznań
23. nowotomyski
24. świebodziński
25. krośnieński
26. m. Zielona Góra
27. zielonogórski
28. żarski
29. żagański
30. nowosolski
31. wschowski
32. głogowski
33. górowski
34. polkowicki
35. lubiński
36. bolesławiecki
37. zgorzelecki
38. lubański
39. lwówecki
40. złotoryjski
41. legnicki
42. m. Legnica
43. wołoski
44. trzebnicki
45. milicki
46. oleśnicki
47. m. Wrocław
48. średzki
49. wrocławski
50. oławski
51. strzeliński
52. dzierzoniowski
53. świdnicki
54. jaworski
55. m. Jelenia Góra
56. jeleniogórski
57. kamiennogórski
58. wałbrzyski
59. kłodzki
60. ząbkowicki

* m. = miasto (Stadt)

Quelle: Eigene Darstellung.